



## TISA

Globales Freihandelsabkommen

4

## ROCHE

Stadtaufwertung in Basel

9

## SPARPAKETE

Kürzungswelle bei den Kommunen

10

## WEF

Neues vom Wirtschaftsforum.

14



## Schweizer Waffen und Schweizer Geld morden auch in Syrien mit

**Syrie** N Die vor zwei Jahren aufgetauchten Bilder von syrischen Kämpfern mit Granaten der bundeseigenen Rüstungsfirma RUAG machten einmal mehr klar, dass auch dort Schweizer Waffen an einem mörderischen Konflikt beteiligt sind. Vielfach vergessen geht dabei jedoch, dass lokale Milizen indirekt ebenso von der hiesigen Wirtschaft profitieren.

(agkkzh) Auf welchem Wege die «besten Handgranaten der Welt» (Originalton RUAG) in den syrischen Bürgerkrieg gelangten, scheint nicht restlos geklärt. Wohl stammten sie aus Exporten in die Vereinigten Arabischen Emirate, welche diese wiederum an Jordanien verschenkten, um von dort über die Türkei nach Syrien zu gelangen. Einiges einfacher lässt sich jedoch die Frage beantworten, warum sie dort überhaupt anzutreffen sind. Denn so lange der Profit stimmt, ist es der Rüstungsindustrie bekanntlich reichlich egal, wo ihre Produkte letztendlich zum Einsatz kommen. Dabei handelt es sich bei den belegten

Funden auch nicht, wie dies die RUAG weismachen wollte, um Ausnahmereisungen, sondern vielmehr um eine grossangelegte Verschiebung von Rüstungsgütern aus anerkannten Partnerstaaten in die syrische Bürgerkriegsregion. So berichtete etwa der Kriegsreporter Kurt Pelda vor zwei Jahren schon: «Fast jede Rebellenarmee, die ich gesehen habe, trug solche Schweizer Handgranaten auf sich.» Doch was als Reaktion auf die damalige Erkenntnis folgte, waren keine politische oder wirtschaftliche Konsequenzen, sondern einzig eine oberflächliche Untersuchung und eineinhalb Jahre später auf Druck von Wirtschaftsverbänden die Lockerung der Exportbestimmungen für Rüstungsprodukte.

So hat das nationale Parlament in diesem Frühjahr beschlossen, die geltende Kriegsmaterialverordnung weiter aufzuweichen. Waren bisher Exporte in Länder, die Menschenrechte «systematisch und schwerwiegend» verletzen, untersagt, sollen künftig nur noch Regionen, wo ein «ein hohes Risiko auf schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen» besteht, vom Export ausgenommen sein. Staaten, wie beispielsweise die Türkei oder Saudi-Arabien, werden in der Zukunft von der aufgeweichten Kriegsmaterialverordnung profitie-

ren und so vermehrt an Schweizer Rüstungsprodukte gelangen. Doch gerade diese Länder zeichnen sich nicht nur durch ihren rücksichtslosen Kampf gegen Oppositionsgruppen aus, sondern dienen auch immer wieder, wie das Beispiel der Vereinigten Arabischen Emirate gezeigt hat, als Knotenpunkt der Verschiebung von Rüstungsgütern an lokal organisierte reaktionäre Kräfte.

Ein weiterer Staat, der nicht nur solche Kräfte zu beliefern weiss, sondern auch gern gesehener Kunde der Schweizer Rüstungsindustrie ist, ist Katar. Schon vor einigen Jahren wurde dem Staat für kurze Zeit eine gewisse Aufmerksamkeit zuteil, als bekannt wurde, dass dieser bei der RUAG eingekaufte Munition an libysche Rebellen Gruppen verschenkte. Doch statt künftig auf Exporte in das Emirat zu verzichten, folgten einzig eine oberflächliche Untersuchung, eine Entschuldigung Katars wegen angeblicher «logistischer Fehler», ein halbjähriger Exportstopp und kurze Zeit später der Verkauf von 24 Pilatus Trainingsfliegern im Wert von rund 600 Millionen Franken.

Fortsetzung auf Seite 7

POLit iSc he GeFaNGeNe

## Freiheit für Marco!

Nach mehr als einem Jahr Bedenkfrist hat das Bundesgericht in Lausanne die bedingte haftentlassung von Marco abgelehnt. Dabei stützt sich das Bundesgericht (wie die vorhergehenden Ämter) auf eine politische Begründung: Marco distanzier e sich nicht von seiner politischen Position, folglich sei ihm die bedingte entlassung zu verweiger n. Damit unterstreicht auch das oberste Gericht der Schweiz die politische Motivation, Marco nicht aus dem Gefängnis zu entlassen.



in der Formulierung des Bundesgerichts zur haftentlassung heisst es nun: Grund dafür, Marco nicht zu entlassen, ist, dass "eine glaubhafte Lossagung von der früheren Gewaltbereitschaft und eine klare Distanzierung von Gewaltanwendung als Mittel politischer Auseinandersetzung" fehlt. Nun, gegeben der globalen realität, die von scharfer Krise und Kriegstendenz gezeichnet ist, ist es entweder unglaubliche Naivität so zu tun, als sei Gewalt nie Mittel der Politik, oder aber eben politisch motiviert. Da wir davon ausgehen, dass am Bundesgericht nicht nur naive richterinnen sitzen, bleibt nur die politische Begründung übrig. Marco soll nicht rauskommen, weil er ungebrochen eine Position vertritt, die sich gegen die Gewalt der herrschenden richtet. Klar, gefällt dies der Klassenjustiz nicht, klar, wollen sie ihn hinter Gitter sehen.

in einem Punkt aber zeigt sich ein Widerspruch zwischen dem für den haftvollzug zuständigen amt in Zürich und dem Kontrollinstanz der bürgerlichen Justiz in Lausanne, nämlich in Bezug auf hafterleichter ungen, die gemäss Bundesgericht ab sofort zu gewähren sind. So schreibt das Bundesgericht, dass spätestens im Mai 2018 mit einer Freilassung zu rechnen sei. Dies würde dem Ende der vollen Haftstrafe von Marco entsprechen, ein nicht sonderlich dezenter Hinweis darauf, was das Gericht von einer vorzeitigen bedingten Entlassung hält. Da nun das "Vollzugsziel" in der Schweiz lautet, dass jede/-r Gefangene/-r nach Haftende fähig sein soll, straffrei zu leben, und dies ein schrittweises (Wieder-)Heranführen an das Leben ausserhalb des Knastes beinhaltet, schreibt das Gericht, dass "entsprechende Lockerungsschritte nunmehr ernsthaft zu prüfen sind." Das zuständige Amt für Justizvollzug hat bis anhin ernsthaft jede Lockerung verhindert, es wird sich weisen, was dieses Urteil für die Haftbedingungen von Marco bedeutet.



**Solidarität ist unsere Waffe**

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



## Aufbau Vertrieb

An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

**BASEL**  
Bläsiring 86  
Öffnungszeiten auf Anfrage  
E-Mail: basel@aufbau.org

**ZÜRICH**  
Kanongasse 35  
(im Hinterhaus, Eisentreppe)  
Samstags von 12 bis 17 Uhr

ZeNt r eN DeS r evOLUt iONÄr eN aUFBaU

### Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel

Bläsiring 86 (Par terre) in Basel  
Öffnungszeiten auf anfrage  
e-Mail: basel@aufbau.org

### Kontakt Revolutionärer Aufbau Winterthur

winterthur@aufbau.org

### Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich

Meinrad-Lienerstrasse 15 in Zürich  
im aufbau-vertrieb an der Kanongasse 35 (hinterhaus)  
jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

iMPr eSSUM

### Herausgeberinnen

revolutionärer aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich  
revolutionärer aufbau Basel, basel@aufbau.org  
revolutionärer aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org

### Redaktion (red)

revolutionärer aufbau Basel (rabs), revolutionärer aufbau Winterthur (raw),  
Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe arbeitskampf Zürich (az),  
arbeitsgruppe antifa Basel (agafbs), arbeitsgruppe antifa Zürich (agafz), arbeits-  
gruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz),  
arbeitskreis arbeiterinnenkämpfe (akak), arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-  
arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), rote hilfe international (rhi), arbeitsgruppe  
Jugend Zürich (agj)

### Redaktion und Vertrieb Schweiz

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Pk-Konto 80-33638-5  
internet: www.aufbau.org, e-Mail: info@aufbau.org

## Editorial

Hands up, don't shoot» ist der Schlachtruf der Proteste, die zurzeit Teile der USA erschüttern. Dies, nachdem im August in Ferguson, Missouri, ein unbewaffneter Schwarzer von Polizisten erschossen wurde. Ein Geschworenengericht, bestehend mehrheitlich aus Weissen, entschied, den Polizisten gar nicht erst vor Gericht zu stellen. Der Mörder entkommt straffrei, vermutlich mitunter, weil sein Opfer zum afroamerikanischen Teil der Bevölkerung gehörte und damit fast automatisch zur Unterschicht.

Diese Art von Rassen- und Klassenjustiz wirft immer mal wieder grosse Wellen. Zehntausende protestieren und stehen ein für mehr Gerechtigkeit. Was grundsätzlich eine tolle Sache ist. Was die Massenbewegung jetzt in den USA allerdings nicht tut, ist Kritik anbringen, die tiefer gehen würde, als nur ein Gerichtsurteil in Frage zu stellen. Ein brutaler Polizist und eine rassistische Jury ist, was kritisiert wird, nur selten aber das politische System, welches diesen Vorfall überhaupt erst hervorgebracht hat. Was einer Massenbewegung dieser Art auch fehlt, sind Strukturen, eine Organisiertheit, die es ihr erlauben würde, mehr zu werden als ein kurzfristiges Aufflammen von Gesellschaftskritik und Hass gegen systematischen Rassismus. Vermutlich wird diese Bewegung abebben und am System wird sich gar nichts ändern... Bis das nächste Mal ein anderer Michael Brown erschossen wird.

Für uns ist das alles weit weg, und die USA haben ja sowieso eine viel brutalere Polizei und eine unfaire Justiz. Bei uns werden ja keine Schwarzen mit erhobenen Händen erschossen. Haben wir hier es also geschafft, leben in einem gerechten Rechtsstaat und sollten als Vorbild für die ungerechten Amis dienen?

Kaum. Zwar ist die Polizei in der Schweiz tatsächlich nicht so oft in derart brutale Skandale verstrickt wie dies in Ferguson der Fall ist - was aber mehr mit der wirtschaftlichen Situation der Schweiz zu tun haben dürfte, als mit der zurückhaltenden Haltung der Polizei.

Als ein Polizist im Jahr 2010 in Freiburg einen Autodieb erschoss lautete das Urteil: Freispruch. Im Vergleich dazu erhielt ein Teilnehmer einer illegalen Party auf dem NT-Areal im Juni 2012 14 Monate Teilbedingt für ein paar Schläge gegen einen Polizisten. Wenn ein Polizist ein paar blaue Flecken bekommt ist das also schlimmer, als wenn jemand erschossen wird, weil er ein Auto geklaut hat.

Eine derart klare Parteiergreifung zeigt auf, dass es keineswegs ein Justizsystem, das Vertreter des Staates, teil dessen sie selber ja auch sind, ganz anders behandelt als unliebsame Teile der Bevölkerung, seien es schwarze Jugendliche in den Strassen der USA oder politische Aktivisten in Basel.

## Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des revolutionären aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden ideologien, ist internationalistisch und berichtet partiell aus den Bereichen Widerstand, arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, antifaschismus, proletarischer internationalismus, politische Gefangene, aufstandsbekämpfung und rote hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale ideologie, auf ressourcenknappheit und einen aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». in diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreiben uns!

# Ukraine – Tummelfeld der multinationalen Konzerne

**UKrai Ne Mit dem EU-Assoziierungsabkommen wird die Ukraine zum Tummelplatz für Saatgut- und Energiemultis. Mit Finanzsanktionen soll der Einfluss Russlands in der Region weiter beschnitten werden.**

(rabs) Die schlimmsten Befürchtungen haben sich in der Ukraine bewahrheitet. Seit Monaten tobt ein eigentlicher Bürgerkrieg. Die ukrainische Regierung unter Präsident Petro Poroschenko schreckt nicht davor zurück, die eigene Bevölkerung im Osten des Landes mit schwerer Artillerie zu beschliessen. Gleichzeitig verpasst der milliardenschwere Unternehmer Poroschenko keine Gelegenheit, den Nachbarstaat Russland zu provozieren. Am NATO-Gipfel in Wales vom vergangenen September thematisiert er ungeniert den NATO-Beitritt der Ukraine. Dennoch sitzen für die USA und die EU die Provokateure in Moskau. Nach den USA hat nun auch die EU Wirtschaftssanktionen gegen Russland eingeleitet. Ein doch eher erstaunlicher Schritt. Im Unterschied zu den USA unterhält die EU, insbesondere Deutschland, äusserst enge Handelsbeziehungen mit Russland.

## Sanktionen, Drohnen und Militärberater

Erstaunlich auch deshalb, weil die unilateralen Finanzsanktionen des US-Imperialismus Teil der Strategie des «weichen Fussabdrucks» bilden, die Präsident Obama im Mai 2014 an der Militärakademie in West Point präsentierte. Soft Power hat dies die ehemalige Aussenministerin Hillary Clinton genannt. Gemeint sind damit Interventionen unterhalb der Schwelle der direkten militärischen Intervention. Dazu gehören nebst den Drohneneinsätzen und militärischen Beratern auch die immer häufiger angewandten Finanzsanktionen. Da der US-Dollar als Leit- und Reservewährung gilt, ist der Einsatz dieser Waffe äusserst wirkungsvoll. Eingehalten werden müssen diese Sanktionen von allen US-Unternehmen. Darunter fallen aber auch alle Firmen, die über ein US-Korrespondenzkonto verfügen. Nebst den üblichen Verdächtigen Iran und Russland richtet sich die US-Sanktionspolitik auch gegen – hauptsächlich europäische – Finanzinstitute. Die EU und vor allem Deutschland haben enge Wirtschaftsbeziehungen zu Russland. Deshalb stellt sich schon die Frage, gegen wen sich diese Sanktionen in erster Linie richten. Nicht zu Unrecht sieht sich das deutsche Kapital ins Visier genommen und murrte unüberhörbar über das Einschwenken der Merkel-Regierung auf den US-Sanktionskurs.

Mit einem spontanen Blitzbesuch in Moskau bei Präsident Putin ruft sich auch Frankreich wieder in Erinnerung. Einen Tag nach den gescheiterten Gesprächen am OSZE-Gipfel in Basel setzte damit Präsident Hollande einen klaren Kontrapunkt zur Politik der deutschen Regierung und dem Konfrontationskurs der USA. Ob Frankreich den seinerzeit nur widerwillig und nach massivem US-EU-Druck gefällten Entscheid rückgängig machen wird, eine Lieferung von Flugzeugträgern nach Russland zu stornieren, wird sich zeigen.

## Ukraine – Kornkammer und Energielieferant

In der Ukraine verfolgen die USA aber nicht nur strategische Interessen gegen Russland und indirekt gegen die EU. Die Ukraine, einst die Kornkammer der



US-Vize Joe Biden mit seinem Sohn und Ukraine-Statthalter Hunter Biden

Sowjetunion, ist heute zu einem der weltweit grössten Kornproduzenten geworden. Rund die Hälfte der ukrainischen Weizenernte wurde exportiert, was 2013 zehn Millionen Tonnen entsprach. Der US-Agrarkonzern Cargill erwarb anfangs 2014 am global achtgrössten Farmbetrieb UkrLandFarming einen 5%-Anteil. Dicke im Geschäft ist auch der weltweit grösste Saatgut-Hersteller Monsanto, der 140 Millionen Dollar in eine Saatgutanlage in der Ukraine investieren will. Seinen Profit macht bei diesem Geschäft auch der grosse Förderer der orangen Revolution, George Soros, einer der Hauptaktionäre bei Monsanto. Wo Rohstoffmultis, im konkreten Fall Getreidemultis, ihr Unwesen treiben, ist auch das Zuger Unternehmen Glencore nicht weit. Glencore besitzt in der Ukraine grosse Anbauflächen von Weizen und Vertriebskanäle, über die u.a. das Emirat Abu Dhabi beliefert wird. Der Staatsfond Aabar des Emirats ist einer der Grossaktionäre der Glencore. Ermöglicht wurden diese Landverkäufe an ausländische Multis erst durch die mit dem europäischen Assoziierungsabkommen durchgedrückte Liberalisierung des ukrainischen Bodenmarktes. Dafür nimmt das Kapital auch gerne die Unterstützung von faschistischen Schlagertrupps und einen Bürgerkrieg in Kauf.

Im April 2014 verlängert der US-Multi Westinghouse den Vertrag für die Lieferung von Brennstoffen für das ukrainische Atomkraftwerk in der Süd-Ukraine. Hergestellt werden die Brennstoffe im schwedischen Werk der Westinghouse. Die Süddeutsche Zeitung wies in einem Artikel auf schwere Designfehler dieses AKWs hin, das zu einem weiteren «Tschernobyl-De-

saster» führen könnte. Eine entsprechende kritische Anfrage im Juni dieses Jahres im deutschen Bundestag wurde von der Bundesregierung mit dem Hinweis auf die zustimmende Haltung der ukrainischen Stellen abgetan.

Noch unter Präsident Wiktor Janukowitsch unterzeichnete der US-Konzern Chevron im November 2013 einen Vertrag zur Schiefergasproduktion für das im Westen der Ukraine gelegene Feld Oleska von über 10 Milliarden Dollar. Ein ähnliches Abkommen schloss die Regierung Janukowitsch mit dem niederländisch-britischen Konzern Shell ab. Die lokale Bevölkerung protestierte im Vorfeld dieser Abkommen, da das äusserst umstrittene Fracking-Verfahren zum Einsatz kommt.

Aufhorchen lässt die Zusammensetzung des Vorstandes der Burisma Holding, eines ukrainischen Gasproduzenten mit Sitz in Zypern. Im Verwaltungsrat sitzt keinE einziger UkrainerIn, dafür aber zahlreiche US-AmerikanerInnen. Den Vorsitz hat anfangs dieses Jahres Hunter Biden, der Sohn des US-Vizepräsidenten, übernommen. Nach dem Putsch erklärte der umgehend ins Land gereiste US-Vize Joe Biden an einer Pressekonferenz in Kiew: «Mit den richtigen Investitionen und den richtigen Entscheidungen kann die Ukraine ihre Energieabhängigkeit von Russland mindern. Wir werden Ihnen in jeder erdenklichen Art helfen, dieses Ziel zu erreichen.» Sein Sohn Hunter Biden soll dies richten. Als New Yorker Anwalt versteht er zwar von Erdgasgewinnung wenig, umso mehr aber von den Mauseheleien des internationalen Finanzkapitals.

## UNver Breitet e Nachr icht eN

In dieser Rubrik veröffentlichen wir Auszüge aus Erklärungen zu verschiedensten Aktionen. Aus Platzgründen können wir leider nicht alle Erklärungen veröffentlichen, von denen wir Kenntnis haben. Die ungekürzten Erklärungen sind auf [ch.indymedia.org/de](http://ch.indymedia.org/de) zu finden.

## Spray gegen Vertretung von Bosnien-Herzegowina in Zürich

Wir haben gestern, 3.12.2014, das Konsulat Bosnien-Herzegowinas und das Matica Bosne i Hercegovine am Bleicherweg 64a in Zürich markiert. Anlass dafür ist die anstehende OSZE-Ministerkonferenz in Basel.

In Bosnien-Herzegowina manifestiert sich nämlich klar einer der Aufträge, den die OSZE wahrnimmt: Militärische Sicherung des Staatenaufbaus, damit dieser künftig für die dominanten imperialistischen Länder in der OSZE als sicherer Markt benutzt werden kann. Dabei spielte auch das Schweizer Militär eine wesentliche Rolle, so war bspw. von 1996 bis 2000 eine Delegation

des hiesigen Militärs dort im OSZE-Auftrag präsent. Später übernahm die NATO die Verantwortung dafür, in Bosnien-Herzegowina eine militärische Präsenz aufrechtzuerhalten, bevor schliesslich ab dem Beginn des 21. Jahrhunderts auch die Europäische Union mit EUFOR sich im Lande im UNO-Auftrag breit machte. Auch da ist die Schweiz mit dabei, im offiziellen Dokument zum Auftrag steht, dass diese Truppen «Militärische Präsenz markieren und Voraussetzungen für Wiederaufflammen von Gewalt verhindern» sowie «Zu einem sicheren Umfeld beitragen, damit die EU und die Internationale Gemeinschaft ihre Aufgaben erfüllen können». Zusätzlich unterstützen sie direkt beim Aufbau einer eigenen, nationalen Armee. Stationiert sind die Schweizer in Mostar und Trebinje.

Es ist klar und bedarf nicht vieler Ausführungen, dass all diese Aktivitäten rein gar nichts mit der Gutenmenschenbotschaft zu tun hat, welche sich die OSZE auf die Fahnen schreibt. Die Interessen, die hinter diesen Aktivitäten stehen, sind wirtschaftlicher und militärischer Natur. Erstens, die Staaten in der Region als Markt brauchen können und zweitens, in alter imperialer Tradition die geopolitische wichtige Lage der Bal-

kan-Staaten frühzeitig für sich zu sichern.

Es ist keinesfalls so, dass ihnen dieser Auftrag leichtfällt. Gerade in der Region stehen den Truppen aus fremden Ländern viele klassenkämpferische Projekte entgegen, die deren Anwesenheit sehr richtig als imperialistische Präsenz einschätzen. Entsprechend werden die Truppen in der Bevölkerung abgelehnt, egal ob sie im OSZE-, NATO- oder EU-Auftrag dort sind. Viel eher beziehen sich die BewohnerInnen der Region auf die Tradition der PartisanInnen oder der Selbstverwaltung der ArbeiterInnen. Der Spray am Büro ist also nicht nur Aktion gegen OSZE und Militär, sondern auch Aktion für die internationale Solidarität mit den Kämpfen in Bosnien-Herzegowina!

OSZE angreifen!

# Das Fachwort dafür heisst Imperialismus

tiS a **Freiheit des Kapitals ist die Knechtschaft der Menschheit. Mit TiSA und TTIP sollen zurzeit mehrere internationale Abkommen gleichzeitig durchgesetzt werden. Das Ziel von TiSA ist die Privatisierung.**

(az) TiSA (Trade in Services Agreement) heisst so viel wie „Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“. Das ist zwar ein weiter Begriff, der Dienstleistungssektor ist riesig, aber was interessiert, ist schnell umrissen: Höchste Priorität hat die Privatisierung staatlicher Betriebe und die Verhinderung einer eventuellen Rückübernahme durch die öffentliche Hand. Liberal formuliert heisst das, es solle zukünftig verhindert werden, dass gewisse Institutionen von Staates wegen bevorzugt werden, denn das stelle eine Diskriminierung und Marktverzerrung dar. Sollte der Staat z.B. die Volksschule unterstützen wollen, dann müsste er die private Schule gleichermassen unterstützen, oder aber keine von beiden. Denn er darf den privaten Anbieter ja nicht „diskriminieren“. Weshalb das für private Anbieter interessant ist, liegt auf der Hand: Man hat ja nichts gegen Subventionen, wenn sie in die «richtige» Richtung fliessen.

Nun darf der Staat aber die Volksschule zunächst von der Liberalisierung ausnehmen. TiSA sieht eine so genannte «Negativliste» vor, auf welcher Staaten jene Institutionen eintragen können, die sie vorerst nicht privatisieren wollen. Aber wie alleine das Wort «negativ» nahe legt, ist das erklärte Ziel, früher oder später keine staatlichen Betriebe mehr zuzulassen. Würden also dennoch erste Liberalisierungsschritte gemacht, dann würde der Schutz fallen. Dafür will TiSA eine so genannte Stillhalteklausele einführen. Diese schreibt vor, dass das erreichte Niveau der Liberalisierung gehalten werden müsse. Immer vorwärts, nie zurück! Und zusätzlich sieht TiSA eine Ratchet-Klausel vor, welche beinhaltet, dass alle Änderungen des legislativen Rahmens «zu mehr, jedoch keinesfalls zu weniger Vertragskonformität führen müssen».

## Privatisierung auf der Überholspur

Marktverzerrung – das wird nicht nur jenen Menschen, die Lenins «Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus» gelesen haben, klar sein – ist in Tat und Wahrheit an anderer Stelle zu suchen. Die kapitalistische Entwicklung hat dazu geführt, dass einige Betriebe weitaus stärker sind als andere. Es handelt sich dabei um eine Tendenz zur Monopolbildung und diese ist ein konstitutives Merkmal des Imperialismus. Und es sind klarerweise diese Betriebe, die von der Entwicklung profitieren würden, deshalb streben sie sie ja auch an. Staatliche Monopole sind hingegen eine Seltenheit



Spektakuläre Aktion neben den Massenprotesten in Seattle 1999

geworden. Nehmen wir beispielsweise den Energiesektor. Zürich hat schon über die Privatisierung des EWZ abgestimmt und diese abgelehnt, das würde mit TiSA unweigerlich hinfällig. Wird der Energiesektor nun aber vollständig der Privatwirtschaft überlassen, dann wird diese den unrentablen Regionen schon bald einmal den Strom abstellen. Das wiederum würde eine Intervention des Staates erzwingen und – das ist das wundersame an TiSA, sollte es sich durchsetzen – den Staat dazu zwingen, nicht nur die elektrisch brachliegende Randregion zu subventionieren, sondern auch das äusserst profitable Ballungszentrum. Denn wie gesagt: Kein Betrieb darf «diskriminiert» werden.

## MAI reloaded

TiSA ist nichts anderes als eine Neuauflage der MAI-Verhandlungen, die ihrerseits eine Verschärfung

Leute, die wir nicht kennen, treffen sich an Orten, die wir nicht sehen, um Sachen zu besprechen, von denen wir nichts erfahren, damit sie Dinge beschliessen, die wir nicht wollen.



Der Kabarettist HG Butzko sieht TTIP trivial und doch treffend

Das Hauptproblem ist jedoch, dass diese Verhandlungen überhaupt stattfinden.

des GATS-Abkommens waren. Die Verschärfungen wurden im Rahmen der WTO und damit unter Beteiligung zu vieler Länder debattiert. Das brach ihnen das Genick. Auch dass die OECD übernahm, konnte sie nicht retten. TiSA wird deshalb im kleineren Rahmen, unter vereinfachten Vorbedingungen diskutiert.

Die Antiglobalisierungsbewegung rebellierte weltweit, Seattle 1999 wurde zu einem wirksamen und kräftigen Symbol einer Massenbewegung. In den Metropolen solidarisierten sich Lohnabhängige und Arbeitslose beispielsweise mit den verarmten KleinbäuerInnen in Indien, internationale Solidarität war eine Selbstverständlichkeit, die öffentliche Aufmerksamkeit extrem hoch. Und so trug der Widerstand dazu bei, dass eine WTO-Runde nach der anderen scheiterte. Doch war es nicht ausschliesslich der Widerstand, der die Verhandlungen verunmöglichte, wir dürfen diesbezüglich nicht romantisieren. Entscheidend war beispielsweise auch, dass innerhalb der WTO die so genannten BRIC-Staaten nicht mitspielten. Brasilien, Russland, Indien und China sind Player, die noch nicht stark genug sind, ihre Interessen durchzusetzen, doch lassen sie sich auch nicht kampflos unterbuttern. Und ihre Interessen unterscheiden sich logischerweise von jenen, der gesetzten, imperialistischen Mächte. Letztere beabsichtigen die Absicherung ihrer Vorherrschaft durch

Interessen, oder aber die Interessen werden mittels Freihandelsabkommen durchgesetzt. Kriege haben zudem für das Kapital den nützlichen Nebeneffekt, von innenpolitischen Krisen abzulenken. Der Zeitpunkt für einen erneuten Freihandels-Angriff war also günstig. Innerhalb der WTO hat sich 2012 eine Untergruppe gebildet, die sich «Really Good Friends of Services» nennt und entschieden hat, diesen Angriff mit TiSA zu starten.

## Wirklich gute Freunde der Dienstleistungen

Diese wirklich guten Freunde treffen sich jeweils in Genf in der australischen Botschaft. Ihre Gruppe beschränkt sich auf eine überschaubarere Anzahl Teilnehmer, die eine ähnlichere Interessensgrundlage haben könnte als die ganze WTO. Neben der USA und der EU sind die Schweiz, Israel, Japan, Canada, Australien und andere in die laufenden TiSA-Verhandlungen involviert. Total sind es 23 Staaten, wobei die 28 EU-Staaten als einer zählen. Durch die Redimensionierung der Gruppe von beteiligten Staaten, insbesondere durch die Nicht-Beteiligung der BRIC-Staaten, erhoffen sich die Akteure die Möglichkeit, doch noch zu einem Freihandelsabkommen zu gelangen und hätten die beiden grossen Mächte USA und EU ein solches ratifiziert, dann wären Tatsachen geschaffen, die die restliche Welt unter Zugzwang setzen würden.

Aber auch in dieser Gruppe ist von grosser Konkurrenz und deshalb von scharfen Widersprüchen auszugehen, insbesondere zwischen der EU und den USA. Ideologisch wollen sie das Gleiche. Zweifelsfrei können wir von einem konsolidierten und geeinten Willen, die ArbeiterInnen unter optimierten Bedingungen auszubeuten sowie die staatlichen Betriebe zu privatisieren ausgehen. Darin ist sich die Bourgeoisie aller Länder einig. Uneinig wird man sich in anderen Fragen sein, doch so genau lässt es sich nicht sagen, denn die Verhandlungen sind geheim. Entsprechend ist es tatsächlich so, dass wir nichts erfahren, ausser dass sich die Verhandlungen hinziehen, obwohl sie längst beendet sein sollten. Das ist allerdings nicht nur verwunderlich, denn die Interessen der verschiedenen Verhandlungs-Delegierten sind trotz der Geheimhaltung eben nicht geheim, sondern wohlbekannt. Hauptprofiteure der Entwicklung wären die grössten multinationalen Betriebe, die für sich uneingeschränkten Zugang zu allen Volkswirtschaften fordern, der Konkurrenz diesen Zugang aber keineswegs gewähren möchten. Wagen wir also die These: Es ist durchaus möglich, dass die TiSA-Verhandlungen scheitern werden, allerdings – und das ist der traurige Teil davon – nicht am linken Widerstand, sondern an den inner-imperialistischen Widersprüchen. Das ist aber noch lange kein Grund aufzutreten und beruhigt zurückzulehnen. Ob TiSA ratifiziert wird oder nicht, es handelt sich um einen geplanten Angriff gegen Sozialwerke, gegen unsere Lebensgrundlagen und die Lohn- und Arbeitsbedingungen, mit dem einzigen Ziel der Profitmaximierung der Konzerne. Die Schweizer Regierung war nicht gezwungen, sich an den Verhandlungen zu beteiligen, sie tut es aus Überzeugung, sie will die Privatisierung fördern. Was sie aber fürchtet, ist, dass das US-Kapital statt des Schweizer Kapitals davon profitieren könnte. Dieser Angriff läuft deshalb auch weiter, wenn TiSA abgelehnt werden sollte. Liberalisierung ist die Tagesforderung der Bourgeoisie. Sofern der Widerstand von unten gegen Liberalisierung und Deregulierung nicht wieder gestärkt wird, werden die auch durchgesetzt.

die WTO, was allen anderen, ökonomisch schwächeren Volkswirtschaften, zum Nachteil gereichen muss. Die „aufstrebenden“ BRIC-Staaten stehen in Konkurrenz zu den imperialistischen Staaten, sie wollen deren Vorherrschaft schwächen und die eigene ausbauen, deshalb torpedieren sie die Pläne der Imperialisten so gut sie können.

In der Zwischenzeit sind die Türme des World Trade Centers zusammengebrochen und in der Folge beschäftigten imperialistische Kriege die Welt (inklusive den linken Widerstand) mehr als Freihandelsabkommen. Das ist kein Fehler. Aber es darf nicht in Vergessenheit geraten, dass die imperialistischen Akteure immer das langfristige Ziel ökonomischer Vorherrschaft antreibt, manchmal greifen sie dafür zu militärischer Intervention, manchmal zwingt der IWF zur Durchsetzung der

# Die Wirtschafts-NATO

tti P & cet a **Freihandel mit den USA und Kanada sollen Europa Wachstum und Wohlfahrt beschieren. Doch die Statistiken sind geschönt, die Versprechungen leer. Im Gegenteil handelt es sich um ein transatlantisches Klassenprojekt, das es zu bekämpfen gilt.**

(az) Die verschärfte Konkurrenz zwischen imperialistischen Staaten drückt sich in der Zunahme von Kriegen aus, aber nicht nur. Der wohlklingende Begriff «Freihandel» ist ein weiteres Symptom. Eric Gujer behauptete in der NZZ beispielsweise, Freihandel sei das beste Mittel gegen Krieg und Militarismus und auf eine verquere Art und Weise hat er auch recht damit: Wenn die grossen imperialistischen Staaten den Freihandel am Verhandlungstisch durchsetzen können, verzichten sie möglicherweise auf den Krieg. Wenn es ihnen aber, wie im Falle der Ukraine, strittig gemacht wird, dann stehen die Zeichen auf Krieg.

Ähnlich argumentiert Guido Speckmann, der in seinem Artikel «Ein atlantisches Klassenprojekt» die These aufstellt, TTIP (Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen) sei eine Kampfansage an China. Die beiden alten imperialistischen Kräfte USA und EU wollen sich seiner Ansicht nach damit nicht nur Investitionsmöglichkeiten eröffnen, sondern auch Investitionen aus China unattraktiver machen.

TTIP ist neben CETA und TiSA ein weiteres Freihandelsabkommen, das gerade diskutiert wird. Die Schweiz ist an den Verhandlungen nicht beteiligt, wäre aber über die EU auf jeden Fall betroffen.

CETA und TTIP sind wohl mehr oder weniger identisch, CETA würde die Freihandelszone zwischen der EU und Kanada begründen, TTIP zwischen der EU und den USA. Das Ziel von TTIP, Zölle und Schutz der nationalstaatlichen Ökonomien einzureissen, ist älter als die EU selbst, seit dem Ende des kalten Krieges laufen Bestrebungen in diese Richtung. Die Befürworter behaupten, das führe zu Wachstum und dadurch zu mehr Arbeitsplätzen. Doch ihre eigenen Statistiken, die an sich schon unglaubwürdig sind, sind dennoch so ernüchternd, dass die so genannten Experten lieber keine konkreten Zahlen nennen. Ansonsten müssten sie zugeben, dass von 0.5% Wachstum in zehn Jahren ausgegangen wird und das würde sich am TV schlecht machen.

Die Verhandlungen führt die EU-Kommission, ein Gremium, das sogar für diejenigen, die den bürgerlichen Parlamentarismus als demokratisch bezeichnen, völlig ausserhalb des Rahmens des Tragbaren funktioniert. Dass die Bevölkerung nicht informiert wird, ist bei derartigen Verhandlungen üblich. Aber die EU-Kommission ist noch nicht einmal verpflichtet, die Regierungen der einzelnen europäischen Länder zu informieren. Multinationale Konzerne und Lobbyisten sind hingegen häufig geladene Gäste. In wessen Interesse verhandelt wird, braucht man sich deshalb nicht zu fragen. Und faktisch arbeitet die Kommission auch gegen die Parlamente. Jürgen Meier beschreibt folgende Absicht: «Lange bevor Parlamente Vorschläge zu Gesicht bekämen, will man künftig der US-Regierung und Unternehmen grosszügige Einflussmöglichkeiten gewähren. Auf gut Deutsch: Die Kommission schlägt den USA eine weitreichende Entmachtung gewählter Parlamente und der Zivilgesellschaft vor.»

## Der Angriff ist kontinuierlich

TTIP reiht sich ein in die verschiedenen Liberalisierungsvorstösse wie MAI und ACTA, die von einer



Seattle 1999: Die Massen waren richtig wütend, die WTO ist daran gescheitert.

starken Protestbewegung verhindert wurden. Auch bei TTIP nützt der Protest, zumindest sieht es so aus, als würde das vorgesehene «Schiedsgericht», in welchem Konzerne Staaten anklagen können, im Moment nicht durchsetzbar sein. Es muss angefügt werden, dass Investoren schon jetzt sehr umfassend geschützt sind. Das Neue wäre, dass «indirekte Enteignung» eingeklagt werden könnte. Das wäre dann der Fall, wenn sich die Bedingungen für den Investor verschlechtern und deshalb die Investition nicht so viel Profit abwirft, wie er sich versprochen hatte. Ein anonymes Beamten schreibt die Situation in Kanada, wo durch die NAFTA (Freihandelszone von USA-Kanada-Mexiko) ein derartiges Gericht von den Konzernen angerufen werden kann, folgendermassen: «Bei beinahe jeder neuen umweltpolitischen Massnahme gab es von Kanzleien in New York oder Washington Briefe an die kanadische Regierung. (...) Nahezu jede neue Initiative wurde ins Visier genommen, und die meisten haben nie das Licht der Welt erblickt.» D.h. alleine die Drohung eines Verfahrens reicht schon aus, eine Massnahme zu verhindern. Denn wie das Schiedsgericht entscheiden würde, steht schon vor der Verhandlung fest. Man stelle sich vor, Mexiko würde das Rentenalter senken wollen oder gar Mindestlöhne festlegen. Das würde vor Gericht ohne Umschweife für illegal erklärt und Mexiko müsste dem klagenden Konzern die gefühlte «Enteignung» bezahlen.

Der neu geschaffene Begriff der «indirekten Enteignung» ist nichts anderes als was man üblicherweise als Vergesellschaftung der Kosten bezeichnet, nur dass den Konzernen damit gelingen würde, sich als Opfer hinzustellen. Es würde dazu führen, dass ein Staat schon verlangen dürfte, dass umweltfreundlicher oder zu besseren Löhnen produziert wird, die Mehrkosten dafür müssten aber aus den Steuergeldern berappt werden. In diesem Fall könnte man dann von einem direkten Fall von Enteignung staatlicher Gelder durch das Gericht sprechen, doch während die Konzerne supranational Staaten anklagen dürften, ist die umgekehrte Richtung nicht vorgesehen.

## TTIP

Die transatlantische handels- und investitions-partnerschaft (tti P) wird seit 2013 zwischen der EU und den USA verhandelt.

Die Details des abkommens sind weitgehend unbekannt, auch diese verhandlungen finden unter ausschliess der Öffentlichkeit statt.

an der Oberfläche dreht sich tt i P um folgende Kernpunkte:

- Deregulierung des Finanzsektors
- vereinheitlichung von Zulassungsverfahren, z.B. sollen in den USA zugelassene Medikamente automatisch in der EU verkauft werden dürfen
- angleichung der Lebensmittelrichtlinien, die USA möchten beispielsweise die Zulassung gentechnisch veränderter Organismen erlauben
- einföhrung einer supranationalen Gerichtsbarkeit, welche es (nur) Unternehmen erlaubt, einzelne Staaten unter dem Vorwand der „indirekten enteignung“ einzuklagen

im Wesen zielt tt i P darauf ab, die Kampfmit-tel des imperialistischen Kapitals weiter auszubauen. Das neu geplante „Schiedsgericht“ (das investor State Dispute Settlement iSDS) dient der Disziplinierung der W erktätigen.

Nicht zu Unrecht wird tt i P deshalb auch als „Wirtschafts-NATO“ bezeichnet.

## TISA

in verhandlung seit 2012 wird das abkommen über handel mit Dienstleistungen (tti Sa) im kleinen Kreis der „really Good Friends of Services“ unter Federführung von USA, EU, Japan, Australien und Kanada verhandelt.

Die verhandlungen finden unter ausschliess der Öffentlichkeit in der australischen Botschaft in Genf statt.

Mit t iSa soll eine W eichenstellung erfolgen, welche nur noch weitere Marktöffnungen jedoch keinerlei neue regulatorien mehr erlaubt. es bezweckt einen Zwang zur permanenten Liberalisierung. im Kern umfasst das abkommen folgende Punkte:

- Gleichstellung privater und öffentlicher Dienstleistungsanbieter
- Werden öffentliche Schulen staatlich subventioniert muss zukünftig eine Privatschule in den Genuss derselben Förderung gelangen
- Stillhalteklausel bzgl. bereits erfolgter Liberalisierungsschritte: Bereits privatisierte Wirtschaftsbereiche können nicht mehr reguliert werden
- ratet-Klausel: auch zukünftige Liberalisierungsmassnahmen sind nicht umkehrbar
- Mit t iSa werden grundsätzlich alle Lebensbereiche automatisch der kapitalistischen Verwertung preisgegeben. Lediglich explizit benannte ausnahmen sollen ausgeklammert werden.

Damit knüpft t iSa direkt an das 1999 in Seattle dem Druck der Strasse unterlegene multilaterale investitionsabkommen MAI an.



Südkoreanische ArbeiterInnen sind 2005 nach Hong Kong gereist, um gegen die WTO zu protestieren.

# Selbstbestimmte Politik in Westkurdistan

**Rojava in Westkurdistan etabliert sich eine basisdemokratische Organisation, die mit vielen Problemen zu kämpfen hat. Diese wollen wir mit Informationen vor Ort und einem Interview näher beleuchten.**

(agj) Während den Aufständen, die in Syrien im Jahr 2011 begannen und sich zu einem Bürgerkrieg ausweiteten, ist im Norden von Syrien ein Gebiet unter mehrheitlich kurdischer Kontrolle entstanden. Der Krieg in Syrien ist unübersichtlich, auch weil die verschiedenen Kriegsparteien und -organisationen von verschiedenen imperialistischen Mächten unterstützt werden.

Übersichtlicher ist die Situation im mehrheitlich kurdischen Gebiet Rojava, das aus drei Kantonen besteht: Efrin, Kobane und Cizire. In diesem Gebiet wurde Anfang 2014 von der kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD) und anderen Parteien eine demokratische Selbstverwaltung ausgerufen. Seitdem wird daran gearbeitet, in Rojava die Selbstverwaltung durch ein Rätensystem zu verwirklichen. Damit ist Rojava eines der progressivsten Projekte der letzten Jahre.

Dies gefällt natürlich nicht allen, denn emanzipatorische Projekte sind immer eine Gefahr und eine Provokation für imperialistische Mächte. Da die PYD mit der PKK enge Kontakte hält, ist der türkische Staat allen voran gegen die Selbstverwaltung in Rojava. Die Türkei unterstützt deshalb den «Islamischen Staat» relativ unverholen und versucht alles Mögliche, um Rojava zu schaden. Dies zeigt sich auch am Beispiel von Kobane, das seit Monaten stark umkämpft ist.

## Hart umkämpfte Stadt

Die Situation in Kobane ist aus vielen Medien bekannt. Auch wenn das demokratische Projekt in der Berichterstattung praktisch immer verschwiegen wird, wird berichtet, dass die Stadt Kobane von IS-Einheiten umstellt ist und von verschiedenen Seiten angegriffen wird. Statt von den kurdischen Selbstverteidigungskräften YPG und YPJ (die Selbstverteidigungseinheiten der PYD) zu schreiben, heisst es oft einfach «kurdische Kämpfer». Dabei wird die Wichtigkeit der Freien Syrischen Armee (FSA) und der Peschmerga (die militärischen Einheiten der kurdischen Regionalregierung im Irak mit Barsani an der Spitze) oft übertrieben (siehe Interview weiter unten). Die Türkei greift nicht offen in den Konflikt ein, doch hat sie Anliegen der kurdischen Bewegung vor Ort sabotiert. So gibt es weiterhin keinen humanitären Korridor, via dem Verletzte aus Kobane offiziell wegtransportiert werden können oder Medikamente in die Stadt gebracht werden können. Stattdessen schießt das türkische Militär auf Menschen, die sich in Richtung Türkei bewegen und verhaftet auch verletzte Personen nach dem Grenzübergang. Einige sind aufgrund der ausgebliebenen medizinischen Versorgung auf türkischem Boden gestorben. Zugleich gibt es keinen offenen Korridor für den militärischen Nachschub nach Kobane. Damit soll verhindert werden, dass KämpferInnen aus anderen Ländern oder Regionen die YPG und YPJ im militärischen und politischen Kampf um Kobane unterstützen können. Die antiimperialistische und antikapitalistische Politik in Rojava soll so unterminiert werden.

Die türkische Regierung erschwert nicht nur die Arbeit der kurdischen Bewegung, sie unterstützt auch mehr oder weniger offen den Islamischen Staat. Angehörige des IS können, anders als kurdische KämpferInnen, die türkisch-syrische Grenze ohne grosses Risiko passieren. Fotos dokumentieren diese Grenzübergänge, bei denen auch türkische Soldaten zugegen waren. So bekommt die IS stetigen Nachschub, den die kurdischen KämpferInnen vermissen. Es gibt weitere Hinweise, dass die türkische Regierung den IS direkt unterstützt. Mitte Dezember hat der IS von türkischem Boden aus einen Angriff auf Kobane lanciert.

Das alles ist angesichts der Rhetorik der türkischen Regierung nicht erstaunlich, die Regierung verhehlt ihre Position nicht. In der Allianz gegen den IS, die einmal mehr von den USA angeführt wird, wollte die Türkei nicht mitmachen. Erdogan hat mehrmals festgehalten, dass die PYD aus seiner Sicht die grössere Gefahr als der IS sei. Zudem dürfte eine Rolle spielen, dass Ankara nach wie vor auf den Fall von Assad hinarbeitet und die Koalition gegen den IS als Hindernis für dieses Vorhaben wahrnimmt.

*bierten nach Rojava kommt. Vorher sind nur un- oder leichtbewaffnete KämpferInnen aus Nordkurdistan gekommen. Und auch auf der ganzen Welt gab es Demos zur Unterstützung von Kobane.*

*Kobane ist nicht nur Kobane. Es heisst für uns Widerstand gegen die IS-Terroristen und nicht nur für die Kurden, sondern auch für die Armenier, Aramäer, Araber. Es gibt auch noch Zivilisten in Kobane.*

## Stimmt es, dass neben den Peschmerga auch die Freie Syrische Armee (FSA) in Kobane kämpft?

*Die FSA ist nur schwach vertreten, etwa mit 50 Personen. In den Medien habe ich gelesen, es seien viel mehr, aber das stimmt nicht. Die YPG und YPJ brauchen eigentlich nicht mehr KämpferInnen, sondern schwere Waffen. Die FSA wird von der Türkei unterstützt und sie denken, Kobane sei eine arabische Stadt und die wollen sie beschützen. Sie sind nicht einfach solidarisch mit den Kurden. Aber Kobane ist keine nur arabische Stadt und auch nicht nur eine kurdische. Die Kurden haben ein basisdemokratisches System gegründet, in dem alle Völker leben können sollen.*

*Auch die Peschmerga sind nicht so stark, wie sie oft porträtiert werden, da sie schon lange nicht mehr gekämpft haben.*

**Es ist auch ein politischer Kampf, es geht um ein revolutionäres Projekt. Und vor allem wenn der Krieg vorbei sein wird, wird es ein Kampf wenn irakische Peschmerga-Kämpfer und FSA Leute in Kobane sind.**

*Das stimmt, Vater dieser Idee ist der türkische Präsident Erdogan. Er hat gute Kontakte zum Präsident der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak, Barzani. Barzani ist Kurde, aber er ist konservativ und darum gibt es in der Autonomen Region Kurdistan keine Demokratie. Es ist nicht so wie in Rojava, zum Beispiel gibt es nicht so viele Frauenrechte. Die Frauen müssen zuhause bleiben und arbeiten, kochen und zu den Kindern schauen. Die FSA ist genau gleich, sie sind auch konservativ. In Kobane kämpfen Frauen und sie arbeiten, genauso wie andere Menschen.*

## Es gab viel Solidarität rund um Kobane.

*Ja, Solidarität ist sehr wichtig. Kobane heisst auch ein Kampf gegen Imperialismus, Kapitalismus und gegen die Islamisten. Wir müssen alle zusammen kämpfen, alle unterdrückten Völker, wie in Palästina oder in Lateinamerika. Die Kurden allein gewinnen nicht, wir müssen auf der ganzen Welt zusammen kämpfen.*

## Perspektive in Kobane und Rojava

Im November und Dezember haben die kurdischen Kräfte in Kobane an Boden gewonnen. Der IS bekommt weniger Unterstützung als zuvor, und die Kriegsdynamik ist nicht mehr auf ihrer Seite. Doch der Krieg ist wohl noch lange nicht vorbei. Der IS ist ausgerüstet und verfügt über ein ziemlich grosses Gebiet in Syrien und im Irak. Aktuell sieht es so aus, als könnte Kobane und Rojava den Angriffen standhalten. Doch selbst wenn der Krieg mit dem IS vorbei wäre, bleibt dann noch sehr viel Aufbauarbeit. Die betrifft zum einen die gesamte Infrastruktur in der Gegend, welche durch die erbitterte Kämpfe schwer beschädigt wurden. Die betrifft aber auch die fortwährende Arbeit am politischen Projekt «Rojava». Berichte von Genossen vor Ort weisen darauf hin, dass dieses durch den Krieg gegen den IS gefestigt und nicht etwa geschwächt wurde. Dennoch wird die Situation komplex bleiben, mit verschiedenen Akteuren mit oftmals antagonistischen Interessen. Es ist keine einfache Aufgabe, die auf Rojava zukommt.

alle aufgezeichneten Interviews mit dem Genossen wurden auf dem Blog der roten Hilfe Schweiz publiziert: [rotehilfe.ch.noblogs.org](http://rotehilfe.ch.noblogs.org)



## Die USA und die Allianz gegen den IS

Die von den USA ins Leben gerufene Allianz gegen den IS beteiligt sich auch im Kampf um Kobane. Die Allianz fliegt Luftangriffe auf Stellungen der IS. Die Luftschläge haben oft die schweren Waffen der IS zum Ziel, welche ironischerweise oft aus US-amerikanischen Beständen kommen. Die Waffen wurden beim Abzug der US-Truppen aus dem Irak dem irakischen Militär als «Aufbauhilfe» übergeben und wurden von der IS im Irak erbeutet.

Klar ist, dass die USA sich nicht einfach aus Solidarität am Krieg gegen den IS beteiligt. Die USA hat überhaupt kein Interesse an emanzipatorischen Ansätzen wie Rojava. Dies hat sie oft genug gezeigt, allem voran im vergangenen Jahrhundert in Lateinamerika. Doch der IS ist so stark geworden, dass er auch für die USA ein Problem geworden ist. Vor allem weil der IS im Irak so stark ist, dass er die von den USA eingesetzte Regierung ernsthaft bedroht. Die USA haben kein Interesse daran, ihr teuer erkaufte Erdölreservoir nach nur ein paar Jahren wieder zu verlieren.

## «Kobane ist nicht nur Kobane»

Als ein Genosse im November in Kobane war, haben wir mit ihm ein Interview geführt. Auch wenn sich seitdem einiges geändert hat, geben Ausschnitte daraus einen Einblick in die Situation vor Ort.

## Wie sieht die Situation im Moment um Kobane aus?

*Vor kurzem sind Peschmerga-Kämpfer mit schweren Waffen nach Kobane gekommen, mit denen sie jetzt hier zusammen mit der YPG kämpfen. Das gibt positive Energie für alle KurdInnen, denn es ist das erste Mal, dass Hilfe mit schweren Waffen aus anderen kurdischen Ge-*

## Fortsetzung von Seite 1

## Bindeglied Katar

Dabei war längst bekannt, dass Katar auch weiterhin islamistische Kräfte der libyschen Opposition unterstützen würde, beispielsweise mit Waffenlieferungen an die dem Netzwerk der al-Qaida nahestehende «Libysche Islamische Kampfgruppe», welche nach der gewonnenen Schlacht um Tripolis ihre Aktivitäten nach Syrien ausweitete. Und auch in zahlreichen anderen Regionen drängt der kleine Staat um politischen Einfluss. In Tunesien soll beispielsweise die islamistische Partei



Islamistischer Milizionär mit Grante der RUAG

«Ennahda» unterstützt und dadurch erreicht worden sein, dass die zuvor weitgehend unbekannteste Partei in kürzester Zeit eine landesweite Infrastruktur aufbauen konnte. Auch in Syrien soll Katar immer wieder Teile der islamistischen Opposition unterstützen, wenn auch der Staat bis heute verneint, je Verbindungen zum IS besessen zu haben. Auch wenn dies dem Land nie offiziell nachgewiesen werden konnte, ist jedoch bekannt, dass seit dem Beginn des Aufstandes in Syrien Dutzende bis Hunderte Millionen Dollar von Katar aus an verschiedene oppositionelle, islamistische Gruppen flossen, und zwar sowohl von privater, wie auch von offizieller Seite. Und auch wenn der Golfstaat wohl seinen bisher zumindest indirekt vorhandenen Kontakt mit dem IS im Rahmen der internationalen Koalition gegen jenen ruhen liess, hindert dies Katar freilich nicht daran, nun umso mehr die ebenfalls radikal sunnitische al-Nusra Front zu unterstützen. Doch statt aus diesen bekannten Fakten politische Konsequenzen zu ziehen, ist es der Schweizer Rüstungsindustrie weiterhin herzlich egal, wohin ihr Material exportiert wird. So lieferte diese in den drei bisherigen Quartalen dieses Jahres wiederum Produkte im Wert von 6,9 Millionen Franken an die drei Staaten Saudi Arabien, Türkei und Katar.

## Katarischer Staatsfond

Doch weit unbekannter ist, dass Katar und dabei indirekt auch die vom Emirat unterstützten Gruppen nicht nur aus den Rüstungsprodukten der Schweiz ihren Nutzen ziehen, sondern auch direkt am hiesigen Kapitalmarkt beteiligt sind. So investiert Katar den Überschuss seiner hauptsächlich im Öl- und Gasgeschäft erwirtschafteten Erträge in einem über die «Qatar Investment Authority» gegründeten Investmentfonds. Dieser mittlerweile über 170 Milliarden Dollar schwere Staatsfonds investierte in den vergangenen Jahren auch immer wieder in in der Schweiz ansässige Firmen, wie beispielsweise in Glencore, wo Katar eine Aktienbeteiligung von 8,42% hält, oder in die Credit Suisse, wo es 2013 noch 5,20% der Aktien des Unternehmens waren. Doch nicht nur bei grösseren Firmen ist der katarische Staatsfonds beteiligt, auch im Tourismus wird in den hiesigen Regionen immer wieder lukrativ investiert. Beispielsweise beteiligte sich Katar mit gut 500 Millionen Franken am geplanten luxuriösen Hoteldorf auf dem Bürgenstock im Kanton Nidwalden, ebenso gehören auch die Fünf-Sterne-Hotels Schweizerhof in

Bern und das Royal Savoy in Lausanne zum Portfolio des katarischen Staatsfonds.

Katar verfolgt hierbei, wie auch bei seiner aussenpolitischen Einflussnahme, einen klaren Kurs. So ist der Staat darum bemüht, im Wissen darum, dass seine Öl- und Gasreserven irgendwann zu Neige gehen werden, langfristige Überlebensperspektiven aufzubauen. Dabei gehört die nachhaltige Finanzierung des eigenen Staatshaushaltes ebenso dazu, wie die Sicherung der eigenen weltpolitischen Relevanz. Freilich kommt eine solche Staatspolitik nicht ohne eine gehörige Portion Opportunismus aus, so dass beispielsweise die amerikanische Armee in Katar schon längst einen ihrer wichtigsten Militärbasen im Nahen Osten besitzt, von wo wiederum Angriffe gegen jene Gruppen geflogen und geplant werden, die vom katarischen Staat ja eigentlich unterstützt werden. Ein anderes Beispiel findet sich in Ägypten, wo Katar unterdessen zum wichtigsten Geldgeber wurde. Trotzdem unterstützt das Emirat weiterhin die mittlerweile in die Rolle der Opposition gedrängte Muslimbruderschaft, ganz zum Verdruss des anderen wichtigen Geldgebers Saudi Arabien. Inwiefern diese Widersprüche in Zukunft nicht auch eine explosive Kraft bergen können, wird sich zeigen. Jedenfalls ist der katarische Staat schon heute darum bemüht, solche durch verstärkte ideologische Arbeit zu verschleiern. Dazu gehören nicht nur der vom katarischen Emir gegründete TV Kanal Al Jazeera, der eine zentrale Rolle im Kampf um die Deutungshoheit von lokalen Ereignissen spielt, sondern auch Prestigeanlässe, wie etwa die Fussball-Weltmeisterschaft von 2022.

## Die kapitalistische Logik

Ein solcher Opportunismus, der nicht nur bei der geopolitischen Ausrichtung Katars, sondern ebenso bei der westlichen Waffenindustrie beobachtet werden kann, offenbart aber auch, welche inhärent kapitalistische Logik hinter dem aktuellen politischen Handeln im Nahen Osten steckt. Während sich die Rüstungsbranche herzlich wenig um die politischen Ausrichtungen ihrer Abnehmer schert und gerade aus kriegerischen Auseinandersetzungen ihren Profit zu ziehen vermag, widmet sich Katar seit mehreren Jahren der Erarbeitung einer Perspektive, welche dem Land eine Existenz im Post-Öl-Zeitalter sichern soll. Dabei setzt das Emirat auf einen vielschichtigen Plan, der ebenso der Heterogenität der herrschenden Klasse, als auch der Kluft zwischen konstruierter konservativer sunnitischer Identität und modernster kapitalistischer Produktionsweise gerecht werden soll. So versucht sich Katar auf der einen Seite seit längerem darin, neue Wege der Kapitalakkumulation, abseits der Verarbeitung natürlicher Ressourcen, zu finden. Hierbei eignet sich das Emirat beispielsweise über seinen Staatsfond neue Produktionsstätten und Mittel an, welche daraufhin mit dem massenhaften Import von günstigen Arbeitskräften Profite abwerfen sollen. Ebenso versucht sich Katar mit seinem Kapitalüberschuss als Finanzmetropole zu etablieren. Gleichzeitig jedoch glaubt der Kleinstaat daran, sich geopolitischen Einfluss in der Welt zu verschaffen; und zwar sowohl durch die Unterstützung sunnitischer Kräfte, als auch durch den regen Kontakt mit den Vereinigten Staaten. Alle Phänomene dieses mehrdimensionalen Planes können jedoch letztlich nur als verzweifelter Versuch gelesen werden, wie ein Staat in einer Welt, in der Ressourcen auf internationalen Märkten gehandelt werden müssen, dereinst ohne jene überleben kann. Katar hat sich dabei für den klassischen aller solcher Zukunftspläne entschieden: Die grenzenlose Akzeptanz des kapitalistischen Opportunismus.

## KOMMENTAR

## Es geht was im Osten

Seit Kobane von den Gangs des «Islamischen Staats» angegriffen wird, steht Rojava im Fokus der Linken weltweit. Die Bilder aus der Gegend sind symbolträchtig, auf der einen Seite die schwarzen Fahnen der Erzreaktionären, auf der anderen Seite die Einheiten der KurdInnen und anderer Parteien, in denen eigene Frauenstrukturen gegen den IS kämpfen. Viel klarer können die Fronten von Emanzipation und Reaktion nicht sein.

Weltweit gab es Proteste, bei denen das Erfüllen der Forderungen der KurdInnen gefordert wurden. Grosse Proteste an vielen Orten, die erfolgreich waren: Hiess es beispielsweise zuerst aus US-amerikanischen Militärkreisen, Kobane habe keinen strategischen Wert, wendete sich das Blatt als Kobane zu dem Symbol des Kampfes gegen den IS wurde. Wer will schon abseits stehen, wenn endlich jemand erfolgreich dem IS widersteht, und die ganze Welt hinschaut?

Klar ist für uns, dass die Solidarität mit Rojava eine politische Solidarität ist. Wir unterstützen Rojava nicht nur, weil der IS das Gebiet angreift. Rojava steht für fortschrittliche Errungenschaften, für Aspekte und Elemente des revolutionären Prozesses, die wir für unabdingbar halten. Dazu gehören beispielsweise die Gleichberechtigung der Geschlechter, der Kampf gegen Rassismus, die kollektiven Entscheidungsprozesse und nicht zuletzt auch die bewaffnete Verteidigung des Projekts. Was in Rojava erreicht wurde und verteidigt wird, ist für uns hier unheimlich wichtig, auch wenn die objektive und subjektive Situation natürlich eine andere ist. In einer Zeit, in der faschistische Kräfte in Europa in Parlamenten, aber auch auf Strassen und Schlachtfeldern (wie in der Ukraine) zulegen, in der die Krisenpolitik weiter Errungenschaften der ArbeiterInnen-Bewegung zur Sau macht, in der Individualisierung und Spaltung in der Gesellschaft vorangetrieben wird, ist Rojava ein Beispiel dafür, dass es auch anders geht.

Gerade weil wir die Solidarität mit Rojava politisch begründen, haben wir natürlich auch viele Fragen. Wie geht es weiter, wenn sich die USA in Rojava einmischen? Wie wird Barsani versuchen, seine Interessen einzubringen? Wie klar ist der revolutionäre Kompass der kurdischen Bewegung? Es sind Fragen, auf die wir aktuell keine abschliessenden Antworten haben, wir würden uns in die Sphären der Wahrsagerei hineinwagen. Es sind aber auch Fragen, die uns aktuell nicht daran hindern sollten, uns zu Rojava zu verhalten.

Anders gesagt: Es geht jetzt weder darum, Rojava zum gelobten Land zu erklären, und alles gutzuheissen, was in irgendeiner Form die Kräfte dort stärkt. Es kann aber auch nicht darum gehen, mit Verweis auf Widersprüche und Differenzen abseits zu stehen, wenn ein fortschrittliches Projekt verteidigt wird. Die Praxis der kommenden Jahr wird zeigen, wohin der Weg Rojavas geht. Im Sinne der internationalen Solidarität wollen wir diesen Weg praktisch begleiten, indem wir den Klassenkampf hier mit dem Klassenkampf dort verbinden. (agj)

## Licht aUF

## Waffen für Rojava! Auszug aus dem Aufruf der Roten Hilfe

«Auch wir wollen einen Beitrag zur internationalen Solidarität mit Rojava leisten und rufen dazu auf, Geld für die Bewaffnung der Selbstverteidigungseinheiten vor Ort zu sammeln. Wir tun dies explizit auch darum, weil das, was aktuell in Rojava verteidigt wird, vieles von dem beinhaltet, was wir als KommunistInnen in der Perspektive befürworten. Die Verwaltung des Kapitals in den Händen der Menschen, die damit arbeiten, die unermüdliche Arbeit für die Gleichstellung der Geschlechter, der Kampf gegen den Rassismus oder eben das Bewusstsein dafür, dass ein derartiger revolutionärer Prozess auch mit der Waffe in der Hand verteidigt werden muss.»



**WAFFEN FÜR ROJAVA!**  
Wir sammeln Geld zur Unterstützung der bewaffneten Verteidigung von Rojava. Mehr auf [rotehilfesch.noblogs.org](http://rotehilfesch.noblogs.org).

# GDL-Streik: Gewerkschaftsbund-Zombie wurde geweckt

**tari FeiNheit Politiker, Medien und Gewerkschaftsführungen - alle taumelten sie im November in einer Hetzjagd sondergleichen. Der mehrtätige Streik der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) zieht den ganzen Hass der Herrschenden auf sich. Das hat gute Gründe.**

(az) Die Forderungen der Berufsgewerkschaft GDL sind relativ bescheiden, wenn auch bitter nötig. Sie fordert unter anderem 5% mehr Lohn, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 2 Stunden und eine Überstundenbegrenzung auf 50. Dies nach einer massiven Personalreduktion von 350000 auf 190000 Angestellten von 2002 bis 2012, damit eingehender Arbeitsbelastung und einer Anhäufung von insgesamt 8 Millionen Überstunden jährlich. Dass die Basis mit ganzen 91% für Streik gestimmt hat und die GDL-Führung sich bei den Eliten mit der tatsächlichen Umsetzung des Streiks unbeliebt macht, hat jedoch auch andere Gründe.

## Re-De-Regularisierung mal anders

Schon als wir die Berliner KollegInnen der GDL an ihrem Warnstreik im Mai besucht haben, wurde die politische Dimension der aktuellen Tarifverhandlungen diskutiert. Ironisch bemerkte ein Lokführer: «Da sagen uns die Privatisierer die ganze Zeit, Konkurrenz komme den Kunden zugute, doch wenn wir die Konkurrenz unter den Gewerkschaften wollen, wollen sie das Monopol einführen». Tatsächlich stehen die GDL und die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) in Konkurrenz. War die GDL ursprünglich nur für LokführerInnen zuständig, hat sie neu auch Ambitionen, andere Berufsgruppen bei der Deutschen Bahn (DB) zu vertreten, für welche die EVG – als traditionell grösste Bahngewerkschaft und Teil des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) – bisher Tarifverträge abschloss. Diese Entwicklung wurde damit eingeläutet, dass 2010 das Bundesarbeitsgericht das Prinzip der Tarifeinheit aufhob. Ähnlich der Funktion der Allgemeinverbindlichkeitserklärung bei GAVs in der Schweiz hatte die Tarifeinheit immer nur einen Tarifvertrag für jeweils einen Betrieb vorgesehen. Plötzlich waren die meistens mit den dominanten DGB-Gewerkschaften ausgehandelten Tarife nicht mehr für den ganzen Betrieb geltend, sondern konnten von anderen kleineren Gewerkschaften in Frage gestellt werden. Natürlich erhoffte sich eine Kapitalfraktion damit eine Schwächung der grossen, etablierten DGB-Gewerkschaften. Es kam aber an neuralgischen Punkten – nämlich dort, wo die ArbeiterInnen Macht haben – zu einer anderen Entwicklung.

## SPD: Frieden im Betrieb...

Die Konkurrenz führte bei der Bahn dazu, dass ein Kampf um «Marktanteile» bei der Basis und um «Marktzugänge» in neuen Berufsgruppen geführt wird. Die GDL ist dabei gezwungen ihren «KundInnen» - also ihren Mitgliedern – offensive Forderungen und ein kämpferisches Image zu verkaufen. Schon in den Streiks 2007 und 2011 zeigte sich dabei schnell, wieviel ArbeiterInnenmacht im Bahnsektor liegt. So krebste die GDL-Führung - gerade weil sie zu viel Druck ausübte - jeweils auch immer wieder schnell zurück vor der DB. Für die Koalitionsregierung von CDU und SPD und den Arbeitgeberverband stand deshalb schnell fest, dass diese Macht auch kleiner Minderheits- oder Spezialgewerkschaften gebrochen werden muss. So entwickelten Regierung, Arbeitgeber und DGB den aktuellen Gesetzesentwurf zur Wiedereinführung der Tarifeinheit, die faktisch das Streikrecht einschränken soll. Zukünftig soll in einer Berufsgruppe nur noch diese Gewerkschaft einen Tarifvertrag abschliessen – und damit streiken – dürfen, die am meisten Mitglieder hat. Die Speerspitze dieses Angriffs auf die Gewerkschaftsbewegung führt heute die SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles, wenn sie die «Befriedungsfunktion»

des Entwurfs bewirbt. Es solle künftig einfacher sein, ein Streikverbot auszusprechen. Dass dies eine Bedrohung für kämpferische Gewerkschaftspolitik wäre, haben diese 91% GDL-Mitglieder verstanden.

Um diese Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte durchzusetzen, haben die DB, die CDU-SPD-Regierung und die Gewerkschaftsführung des DGB die aktuellen Tarifverhandlungen dementsprechend von Beginn an eskalieren lassen. Die DB verweigerte Verhandlungen und die EVG – selbst im Aufsichtsrat der DB – distanzierte sich von der GDL. Das Ergebnis war eine mediale Hetzkampagne sondergleichen gegen die GDL. In der Hoffnung die beträchtliche Zustimmung der Bevölkerung für den Streik zu schmälern, liess die DB schon 14 Stunden vor dem Streik Züge nicht fahren und wollte die KundInnen damit gegen die Streikenden aufbringen. Die mediale Agitation gipfelte sogar darin, dass die Wohnadresse des GDL-Vorsitzenden Claus Weselsky veröffentlicht wurde.

machen, dass der DGB politisch und ideologisch an die Regierungspartei SPD gebunden ist. So gebärden sie sich kämpferisch und offensiv. Damit erklärt sich die absurde Situation, dass eine GDL, dessen Vorstand in der CDU ist, plötzlich sein Nest der deutschen Eliten beschmutzt und mit Streiks die Wirtschaft in Unruhe bringt.

Für die SPD steht historisch aber viel auf dem Spiel. Will sie ihre Machtbasis erhalten und für das Kapital attraktiv bleiben, muss sie heute den realen betrieblichen Kontrollverlust ihrer DGB-Gewerkschaften kompensieren. Genau das kommt nämlich in Nahles aktuellem Einsatz für die Tarifeinheit zum Vorschein, wenn sie sagt, es dürfe nicht darum gehen, «dass der Erfolg in Tarifverhandlungen sich allein danach bemisst, welche Stellung und Streikmacht jemand im Betrieb hat». Vielmehr ist für die SPD und den DGB in Tarifverhandlungen offenbar ausschlaggebend, dass die Lüge gemeinsamer Interessen zwischen ArbeiterInnen und Kapitalisten gewahrt wird. Deshalb wurden schon beim GDL-Warnstreik 2007 bei den Kapitalisten offene

Türen eingerannt. So warnte Kannegiesser, der Arbeitgeberpräsident der Metallbranche, schon damals vor einer «Aufspaltung des Gewerkschaftslagers» und dass gesetzliche Regelungen notwendig seien, «falls es den Tarifparteien nicht in eigener Regie gelinge, die Entwicklung unter Kontrolle zu halten». Bevor die deutschen Kapitalisten also auf die Idee kommen, der DGB und damit die SPD seien für die Herrschaftssicherung mittlerweile verzichtbar, will die SPD mit dem Gesetz zur Tarifeinheit ihre DGB stärken. Nachdem sie den DGB also jahrzehntelang absterben liessen, wollen wie ihn jetzt als Untoten wieder ausgraben.

## Einheit zeigen statt Einheit feiern!

In diesem Kontext hat die aktuelle Tarifaufeinandersetzung der GDL – aber auch der Kampf der Cockpit-PilotInnen - objektiv eine zentrale politische Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung. Doch weil sie von der GDL-Führung und anderen Gewerkschaften nicht politisch geführt wird, ist zu befürchten, dass sie in einem faulen Kompromiss endet. So liess Bundes-Claus – wie der GDL-Vorsitzende an der Basis genannt wird – den geplanten viertägigen Streik ab 6. November, schon nach zwei Tagen wieder abbrechen. Denn am 9. November hätten die BahnarbeiterInnen ihre ganze Macht zeigen können, indem sie die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestags des Mauerfalls sabotiert hätten. Die LokführerInnen gehen fest davon aus, dass Bundes-Claus deshalb direkt von Bundes-Merkel unter Druck gesetzt wurde.

Der Kampf ist indes noch nicht vorbei. Die EVG hat mittlerweile – wohl auf Druck ihrer eigenen Basis – die verbale Distanzierung etwas zurückgenommen. Vor allem aber hat die Koalitionsregierung inzwischen Nahles Gesetz zur Tarifeinheit beschlossen. Entsprechend markig droht nun auch der Deutsche Beamtenbund (DBB) – der Dachverband der GDL – für das nächste Jahr mit «einem der schlimmsten Arbeitskämpfe aller Zeiten», wenn die DB nicht Kompromisse eingee. Es bleibt zu zweifeln, wie weit die Gewerkschaftsführung des DBB und der GDL gehen und vor allem, ob sie noch Vertrauen bei der Basis geniessen. Auch im November wurde der Streikabbruch über die Köpfe der entschlossenen Streikenden hinweg entschieden. Die ArbeiterInnen hatten es über die Medien erfahren. Schon im Mai hörten wir Stimmen von KollegInnen, die nicht streiken wollten, um ein Zeichen gegen die Instrumentalisierung durch Bundes-Claus zu setzen. Andere entgegneten, man müsse ja nicht für den Apparat, sondern für die eigenen Forderungen streiken. Bleibt zu hoffen, dass sich ein Kampf entwickelt und dass die KollegInnen die relevanteste Frage beantworten, die sie selbst immer wieder diskutierten: «Wie können wir die Spaltung zwischen den Gewerkschaften überwinden und mit KollegInnen der EVG zusammen für die gleichen Ziele kämpfen?»



Der Spruch «Niemand hat die Absicht...» avanciert bei der deutschen Bourgeoisie zum Running-Gag. Da wollte auch SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles auf den Zug springen.

## ... dafür betriebsam für den Krieg

Diese Radikalität des Klassenkampfes von oben ist ein klarer Ausdruck der tiefen Krise des bürgerlichen Herrschaftsregimes. Wir erinnern uns, vor eher zufällig genau hundert Jahren musste die deutsche Bourgeoisie die damalige SPD und deren Gewerkschaftsbewegung in den Staat integrieren. Nur weil die SPD - als weltweit mitgliederstärkste Sozialdemokratische Partei – in die Kriegskredite einwilligte und in die nationalistische Burgfriedenpolitik einschwenkte, konnte sich das deutsche Kapital für den ersten imperialistischen Weltkrieg wappnen. Aus der Gewerkschaft als Gegenmacht der ArbeiterInnen wurde eine Kontrollmacht gegenüber den ArbeiterInnen. Das Wertvollste, was SPD der Bourgeoisie bieten konnte. Heute stehen wir historisch an einem ähnlichen Punkt. Das deutsche Kapital rüstet wieder auf für den Krieg. Doch die Gewerkschaftsbewegung sieht heute anders aus. Der einst mächtige Gewerkschaftsbund leidet seit Jahrzehnten an Mitgliederschwund. Das sozialdemokratische Regierungsmodell mit ihrer korporatistischen und sozialpartnerschaftlichen Ideologie hat die Grundlage der grossen Gewerkschaften erodieren lassen. Die Führungen der grossen Gewerkschaften, die selbst in Verwaltungsräten hocken, haben die Krise erfolgreich auf die ArbeiterInnen abwälzen können, dafür haben sie damit aber ihre eigene Machtgrundlage in Frage gestellt. So spriessen schon lange überall gewerkschaftliche Initiativen, die den DGB-Gewerkschaften auf dem gewerkschaftlichen Markt Konkurrenz machen. Und es ist klar, dass sich diese kleineren Konkurrentinnen zu nutze



# Basel unter dem städtebaulichen Pharma-Joch

**St a Dte Nt Wic KLUNG Basel macht mit im globalen Wettbewerb der Städte: Jeder Stadt ihren Turm. Zürich hat den Prime Tower, Basel toppt diesen mit dem Ende 2014 fertig gebauten Rocheturm (Bau 1). Die Skylines der Städte gleichen sich international an.**

(rabs) In Basel gehört das Gesicht der Gentrifizierung der Pharma-Industrie. Auf sie ist auch die Wirtschaftspolitik der grün-roten Regierung ausgerichtet, in der die Kapitalinteressen und besonders die «Life Sciences» oberste Priorität haben. Im Zug der Transformation der einstigen Chemie- in eine Life-Science-Stadt wurde bereits das Quartier St. Johann gentrifiziert und den Interessen des Pharmamultis Novartis entsprechend zugerechnet. Nun ist das nächste Quartier fällig, das sich den Interessen des zweiten Multis, Hoffmann La Roche, anzupassen hat. Roche liess unter der Federführung der Architekten Herzog und de Meuron einen 175 Meter hohen Turm bauen, der den Münstertürmen als vormaligem Wahrzeichen der Stadt den Rang ablauft. Wo auch immer der Blick dem Rhein entlang folgt, trifft er nun auf ein neues Wahrzeichen, das von seiner spätkapitalistischen monopolistischen Zeit kündigt.

## Der Roche-Cluster

Noch bevor der Turm 1 jedoch fertig gebaut war, kündigte das Pharmaunternehmen Ende Oktober bereits die nächste zehnjährige Periode an, während der 3 Milliarden Franken in den Bau eines neuen Forschungs- und Entwicklungszentrums investiert werden. Neben diversen Gebäuden für die Forschung, u. a. für Tierversuche, wird insbesondere ein zweiter Turm namens «Bau 2» ins Auge fallen. Dieser Turm wird sich optisch am Turm 1 orientieren, ca. 1700 Arbeitsplät-

ze beherbergen und 205 Meter hoch werden. Für die Bauten ist ein neuer Bebauungsplan nötig. Die Roche-Leitung darf zuversichtlich sein, dass dieser von den politischen Institutionen durchgewunken wird. In Basel wird Wirtschaftspolitik in engem Austausch zwischen Regierung und PharmavertreterInnen gemacht, sodass deren Pläne schon jetzt euphorisch begrüsst werden. Der für seine anbiedernde Haltung notorisch bekannte Basler Stadtplaner Thomas Kessler fasst das an der Roche-Medienkonferenz in die folgenden Worte: «Es ist doch fantastisch, dass sich auch in Basel langsam eine grossstädtische Architektur bemerkbar macht». Die wirtschaftliche Potenz einer Roche solle sich auch architektonisch manifestieren.

## Wer baute das siebentorige Theben?

Piotr Lewandowski aus Polen ist einer der Arbeiter, die – frei nach Brecht – den Roche-Turm bauten, lasen, sich Fragen stellten und handelten. Im Juli 2014 arbeiteten Piotr und seine Kollegen schon seit einem knappen Jahr bis zu 60 Stunden wöchentlich an der Fassade des Rocheturms (Bau 1). Den fertigen Bau würden sie nie nutzen können, er gehört den privaten BesitzerInnen, die in den grössten Lohndumpingfall der Schweiz verwickelt sind. Die Arbeiter erbauten die Prunkfassade nämlich für netto 12 Franken die Stunde statt der im Gesamtarbeitsvertrag vorgeschriebenen 26.15 Franken. Dieser Lohn stand auch auf den vom Amt für Wirtschaft und Arbeit abgesegneten Verträgen, nicht aber auf den Lohnzetteln, die das Sub-Unternehmen Pako-Al aus Danzig den Arbeitern ausstellte. Während einer Kontrolle auf der Baustelle wurden die Arbeiter von ihren Vorgesetzten sogar gezwungen, mündlich falsche Löhne anzugeben. Als sie den Betrug realisierten, traten sie in den Streik und konnten dadurch eine Anzahlung von je 20'000 Franken an die offenen Löhne sowie einen korrekten Arbeitsvertrag mit der deutschen Firma Josef

Gartner erzwingen. Josef Gartner hatte den Fassadenbau an die Danziger Pako-Al ausgelagert. Roche schaltete allerdings über eine Woche auf stur und hielt es für angemessen, weitere Arbeiter des Sub-Unternehmens ins Gelände schleusen zu wollen und Verhandlungen mit der Gewerkschaft platzen zu lassen.

## Wer wohnt da?

Während PolitikerInnen und Beamte die Roche-Bauten frenetisch begrüssen, sie als Quartieraufwertung verkaufen und die Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter unter den Teppich kehren, ergibt sich aus den Stimmen der QuartierbewohnerInnen ein etwas anderes Bild. Nach der Fertigstellung der Neubauten werden sich täglich rund 2'000 Menschen mehr als heute im Quartier bewegen, was den Neubau von Wohnungen zur Folge haben wird. Stadtplaner Kessler sieht deswegen «die privaten Investoren in der Pflicht». Was das heisst, ist mittlerweile zur Genüge bekannt: Private Investoren kaufen Liegenschaften, werten sie auf und vertreiben die bisherige Bevölkerung, welche die neuen Mieten nicht mehr bezahlen kann. Wenig erstaunlich, dass der Pharmamulti unter diesen Vorzeichen eine Information der Bevölkerung nicht für prioritär hielt: Einladungen zu einer Informationsveranstaltung wurden erst 48 Stunden vor dem Anlass in die Briefkästen gesteckt. Neben den bekannten Gentrifizierungseffekten befürchten die AnwohnerInnen in erster Linie aber auch sehr zeitnah anstehende Unannehmlichkeiten: mehr Baulärm, mehr Verkehr und schliesslich mehr Schattenwurf durch noch höhere Türme. Ein Bewohner kommentiert die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Pharma folgendermassen: «Wenn Roche und die Stadt am selben Strick ziehen, hat das Quartier nicht mehr viel zu sagen.» Bisher lässt Widerstand auf sich warten, auch wenn die neusten Pharma-Pläne immerhin auf breite Unzufriedenheit stossen.

# Die 43 Verschwundenen

**Mexi KO Am 26. und 27. September 2014 sind 43 Studenten der Escuela Normal Rural (Pädagogischen Landschule) Isidro Burgos verschleppt worden. In der Folge wurden in den Medien nicht nur in Mexiko Diskussionen um die engen Verschränkungen der mexikanischen Polizei und Regierungsangehörigen mit dem organisierten Verbrechen initiiert.**

(agbs) Der Fall der 43 Verschwundenen hat das Ausmass dieser Kumpanei aufgezeigt, wie das bisher kaum möglich war. Das «Verswindenlassen» von unliebsamen Personen wurde in Lateinamerika vor allem von den verschiedenen Militärdiktaturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts praktiziert. Es handelt sich also nicht um ein neues Phänomen. Neu ist höchstens das Ausmass, in dem auch in bürgerlichen Medien darüber berichtet wird.

## «Wiege von Guerrilleros»

Die Schule liegt in Ayotzinapa im mexikanischen Bundesstaat Guerrero. Sie gehört zu einem Netz von Schulen, das in den 1920er Jahren im Zuge der mexikanischen Revolution aufgebaut wurde, um LehrerInnen auszubilden. Die Schule in Ayotzinapa ist ein Internat, zu dem nur Männer zugelassen sind.

Die Ausbildung von Lehrkräften vor allem für die ländliche Bevölkerung ist eine Errungenschaft der mexikanischen Revolution. Um eine Demokratie zu ermöglichen, wurden ab den 1920ern Ausbildungsstätten für LehrerInnen geschaffen, die danach die Alphabetisierung der ländlichen Bevölkerung vorantreiben sollten. Die SchülerInnen kamen und kommen oft aus armen Verhältnissen. Viele wollen nach der Ausbildung zurück in ihre Gemeinden, um dort als LehrerIn zu arbeiten. In Ayotzinapa werden auch indigene Sprachen und Dialekte gelehrt. Damit sind die Lehrkräfte nahe an der lokalen Bevölkerung, was immer wieder zu für die Mächtigen unangenehmen Situationen führte.

Gerade die Schule von Ayotzinapa steht im Ruf, eine «Wiege von Guerrilleros» zu sein. Lucio Cabañas Barrientos wurde dort zum Lehrer ausgebildet. Schon während dem Studium trat er der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei bei. Als Lehrer wurde er mehrfach in andere Dörfer versetzt, nachdem er die Bevölkerung zu Widerstand aufgerufen hatte. Ende der 1960er Jahre war er an der Gründung der Partido de los Pobres (Partei der Armen) beteiligt. Auch Genaro Vasquez Rojas wird gern mit der Ayotzinapa in Verbindung gebracht. Nach seiner Lehrerausbildung war Genaro



«Kein Vergeben, kein Vergessen. Uns fehlen 43»

Vázquez in der Lehrgewerkschaft und im Partido de los Pobres aktiv. Vazquez Rojas und Cabañas Barrientos gelten als die beiden Initianten der Guerilla in Mexiko. Im Lauf des «Schmutzigen Kriegs» in den 70ern sind beide umgekommen. Der Ruf der Landschule in Ayotzinapa als Wiege von Guerrilleros hält sich bis heute.

## Perspektive trotz Repression

Auch in diesem Kontext ist die Entführung der 43 Studenten zu sehen. Sechs Tote und fast sechzig Vermisste war die vorläufige Bilanz. Nach kurzer Zeit sind einige wieder aufgetaucht, so dass bis dato noch 43 Studenten verschwunden sind. Inzwischen wurden eine ganze Reihe von Massengräbern gefunden. Das zeigt, dass die Studenten weder die ersten noch die letzten sind, die in Mexiko «verschwinden».

Ihr Schicksal wurde aus verschiedenen Gründen bekannt. Weil es sich um eine grosse Gruppe handelt konnten sich Angehörige und FreundInnen zusammenschliessen. Zudem waren vor allem die Mitstudenten schon vor dem Angriff politisiert. So mussten sie z.B. seit Jahren einen Teil des Schulbudgets selbst zusammenbringen und dafür Spendenkampagnen organisieren. Ausserdem wurde in dem Fall die engen Verbindungen von offiziellen Stellen im mexikanischen Staat und dem organisierten Verbrechen offensichtlich. Das

wurde in den Medien international aufgegriffen, und damit auch der Fall bekannt gemacht.

Die Studenten von Ayotzinapa und ihre Angehörigen erfahren eine Welle der Solidarität. Eine der Hauptparolen dabei ist «Vivos se los llevaron, vivos los queremos» (Lebend wurden sie geholt, lebend wollen wir sie zurück) Neben der Forderung nach einer lebendigen Rückkehr der Verschwundenen wird häufig die Schuld des Staates angesprochen. Der Gouverneur von Guerrero ist auf Druck der Öffentlichkeit zurückgetreten. Der Bürgermeister von Iguala und seine Frau wurden verhaftet. Sie werden dafür verantwortlich gemacht, dass die Studenten nach der Festnahme an die «Guerreros Unidos» übergeben wurden, die sie dann vermutlich ermordeten.

Das Ganze schlägt also auch in der mexikanischen Politik hohe Wellen. Aber mehr als ein heuchlerisches Lippenbekenntnis zu Demokratie, Gerechtigkeit und Kampf gegen die Korruption dürfte man von der mit den Drogenkartellen verbundene Regierung Mexikos nicht erwarten. Stattdessen bildet der Kampf auf den Strassen und die Solidarität zunehmend die Antwort der Unterdrückten auf die brutale neoliberale Politik des Präsidenten Peña Nieto.

# Sparpakete: «Für alle statt für wenige»

**KÜR ZUNGSW eLLe Ein «Sparpaket» jagt gegenwärtig das nächste. Und in den verschiedensten Schweizer Städten gehen Angestellte gegen den Spardruck auf die Strasse. Die Sozialdemokratie spielt eine widersprüchliche Rolle.**

(az) Dass die Krise nicht nur in Europa sondern auch in der Schweiz angekommen ist, wissen mittlerweile nicht nur die in der Exportindustrie tätigen ArbeiterInnen, sondern auch die Angestellten verschiedenster Schweizer Städte und Kantone. Ganz speziell jene, die in Spitälern angestellt sind. Bei ihnen äussert sich der Spardruck als Privatisierungsdrohung. Aber auch andere sind betroffen. Der Spardruck als eine Erscheinung der kapitalistischen Krise ist in der Stadt Zürich vor allem auf die Steuerausfälle der Banken zurückzuführen. Steuererhöhungen für Reiche kommen aufgrund der Standortpolitik trotz gegenteiligen Behauptungen nicht in Frage, auch die SP setzt solche trotz massiver Regierungsbeteiligung nicht um. Im Zuge der Kürzungspolitik fällt das staatliche Interesse auf Kostenminimierung mit der privatwirtschaftlichen Suche nach neuen Investitionsfelder zusammen: Ganz speziell und aktuell im Gesundheitssektor drohen deshalb Privatisierungen, weil in dieser öffentlichen Branche mehr als in anderen Bereichen Profit zu erwirtschaften ist.



Widerstand gegen Kürzungsabsichten

Die sozialdemokratische Zürcher Stadträtin Corinne Mauch meinte deshalb zur Privatisierungsmotion der FDP im Parlament, dass dem Anliegen ebendieser Motion bereits im Rahmen der allgemeinen Spitalstrategie nachgegangen werde und diese umfassender und breiter abgestützt sei als das Anliegen der Motion. Sitzt die Sozialdemokratie also in der Regierung, dann arbeitet sie an der Durchsetzbarkeit und an der Akzeptanz der Privatisierungen. Aktuell (Dezember 2014) besteht die SP-Regierungstaktik jedoch gerade darin, die gewollten Kürzungen nicht so genau deklarieren zu wollen.

## Staatstragend und gewerkschaftsnah?

Mindestens verbal ist es jedoch trotzdem die Sozialdemokratie, die sich gegen Kürzungen ins Zeug legt. Besonders dort, wo die SP mit der entsprechenden Gewerkschaft historisch und personell verbandelt ist; etwa mit der Gewerkschaft VPOD in Zürich. Manchmal sind es auch PolitikerInnen der anderen reformistischen

Parteien, welche ähnliche Rollen spielen. Gemeinsam ist ihnen jedoch allen, dass sie den Widerspruch aushalten, gleichzeitig Umsetzung und (rhetorischen) Widerstand bezüglich Abbaupläne zu organisieren. Eloquent redende gewerkschaftliche ParlamentarierInnen versuchen auch mitten in der Krise noch, den Staat vertrauensenerweckend an die Bevölkerung zu verkaufen. Ihre «Kernkompetenz» besteht gerade eben darin, Werk-tätige an den Staat zu binden. Es erscheint paradox: So wurde der sozialdemokratische Bundesrat Alain Berset etwas für seine Rentenreformpläne von den Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes im Oktober 2014 ausgepiffen – mitunter von sozialdemokratischen FunktionärInnen. Und ebendieser brüstet sich am Annual Dinner der Avenir Suisse offen damit, dass es seinem Reformpaket gelingt, die Gewerkschaften für die Rentenreform ins Boot zu holen. Vorher seien

würden auf falsche Finanzpolitik setzen und die Finanzlage dramatisieren. Diese Argumentationslinie war vermutlich eher mit der Zielsetzung kompatibel, eigene KandidatInnen als alternative Regierungsteilnehmende in Stellung zu bringen. Dass die Banken an allem Schuld seien, war nach der Finanzkrise aus reformistischen Kreisen häufig zu hören, die «Abzocker-Debatte» kam dann auch zum richtigen Zeitpunkt, um verkürzte Kapitalismuskritik zu betreiben und die wahren Ursachen der sogenannten Finanzkrise eben nicht zu benennen.

Das Grundproblem der reformistischen Linken ist jedoch gerade dort zu verorten. Seit den Siebzigerjahren herrscht eine fundamentale Kapitalüberproduktionskrise, welche der KapitalistInnenklasse einen immer kleineren Spielraum für Zugeständnisse gegenüber

der werktätigen Bevölkerung lässt. Die ökonomische Grundlage für die SP-Politik des Klassenkompromisses ist mittlerweile dünn geworden. Die Sozialdemokratie hat der werktätigen Bevölkerung weniger reformistische Brosamen anzubieten als noch im Nachkriegsaufschwung und den Jahren danach. Dort wo die Sozialdemokratie Einfluss auf die Gewerkschaften ausübt, lähmt sie die Kämpfe

«den politischen Gegnern zu viele taktische Manöver erlaubt» gewesen.

Was auf den ersten Blick erstaunt, macht bei genauerem Hinsehen Sinn: Wie alle anderen bürgerlichen Parteien ist auch die Sozialdemokratie als linker Flügel der Parlamentslandschaft darauf angewiesen, verschiedene gesellschaftliche Segmente mit den politisch-ideologischen Bindemitteln «Sozialstaat» und «ausserpolitische Öffnung» als allgemeine Basis an sich zu binden. Potentiell umfasst die Sozialdemokratie also sowohl die Gewerkschaftsbasis wie auch jene Kapitalfraktionen, welche an einer raschen europäischen Integration interessiert sind. Die logische Folge davon ist eine etwas krude Argumentationslinie gegenüber dem ökonomischen Druck auf die Staatskassen.

## Wer trägt Schuld am Sparpaket?

«Sparen sei gar nicht nötig» meinte etwa die Zeitschrift VPOD-Info im Dezember 2013. Die Kantone

damit, dass sie sich auf die Seite des Staates schlägt und Vertrauen in ebendiesem Staat und die eigenen PolitikerInnen predigt. Sie wollen Politik in den Hinterzimmern der Parlamente führen und sehen die Gewerkschaftsbewegung vereinnahmend als Mittel zu diesem Zweck. Im Grunde genommen kommt der Sozialdemokratie die gegenwärtige Schwäche der Gewerkschaftsbewegung gerade recht. Können sie doch deren Handlungsunfähigkeit im Betrieb nutzen, um ihnen Aktivitäten auf der politischen Bühne, etwa mittels Mindestlohninitiative schmackhaft zu machen. Sämtliche politischen Initiativen haben denn auch nichts an der gewerkschaftlichen Schwäche verändert, aber sicherlich einigen PolitikerInnen zum Wahlsieg verholfen. Natürlich sind wir interessiert an einer ArbeiterInnenbewegung, welche den ideologischen Ballast der Sozialpartnerschaft hinter sich lässt und selber kämpft; losgelöst von jener Sozialdemokratie, die gleichzeitig Privatisierungen umsetzt.

## Mer Ke!

Rechts: Zivis an der Demo gegen militärische Interventionen in Zürich vom 11.10.2014

Unten: Melanie Cross, die neu anstelle von Willy Schaffner, beim «Extremismus und Personen- und Objektschutz» arbeitet.



# OSZE angegriffen!

**Widerstand Am 4. und 5. Dezember fand in Basel die OSZE-Ministerratskonferenz statt. In und ausserhalb Basels fanden diverse Aktivitäten gegen den Grossanlass statt.**

(rabs) Der Widerstand gegen das OSZE-Ministerrats-treffen (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, siehe aufbau Nr. 78) Anfang Dezember in Basel formierte sich schon zu Beginn des Jahres 2014. Aus einer Vielzahl an Organisationen und Einzelpersonen des antikapitalistischen Spektrums entstand das Bündnis gegen die OSZE. Die lange Kampagne gegen die OSZE fand ihren Höhepunkt in der Demonstration am Abend des 5. Dezember. Viele Menschen beteiligten sich am Widerstand in Form von vielfältigen Aktionen und Aktivitäten rund um die Konferenz.

## Die OSZE fördert Kriege

Eine Schwierigkeit war es, den Charakter der OSZE aufzuzeigen, da die Organisation in der Öffentlichkeit einen guten Ruf geniesst. Die Tatsache, dass sämtliche Nato-Mitgliedsstaaten ebenso Mitglieder in der OSZE sind, ist jedoch entlarvend für dieses Gremium. Die grössten imperialistischen Aggressoren sind ebenso tonangebend in der OSZE. Sie hilft dabei, dass der Krieg immer weniger als solcher dargestellt wird, sondern vielmehr als notwendige «humanitäre» Intervention. Dabei lässt sie sich von der Nato auch für deren Interessen einspannen. Als Beispiel hierfür lässt sich der deutsche Nato-General Axel Schneider aufführen, der im April letzten Jahres, als OSZE-Delegationsleiter getarnt, in der Ostukraine unterwegs war.

## Gegen die Treffen der Reichen und Mächtigen

Die OSZE fügt sich ein in eine Kontinuität der Treffen der Reichen und Mächtigen. Das Prinzip bei diesen Treffen ist immer dasselbe. Es werden hoch idealistische Ziele gesteckt wie die Beseitigung von Krieg, die Lösung des Hungerproblems oder die Umgehung der Ressourcenknappheit. Aus einer kommunistischen Perspektive ist jedoch klar, dass die herrschende Klasse nie zur Beseitigung eines dieser Probleme beitragen kann, seien dies kriegsführende AussenministerInnen an der OSZE-Konferenz oder VertreterInnen multinationaler Konzerne wie am WEF in Davos.



Das Frontransparent des Bündnisses

Kampf gegen den Imperialismus mit der Kritik an der lokalen Aufwertungs- und Verdrängungslogik. Der Widerstand war insofern enorm facettenreich und reichte von Anti-Kriegsorganisationen bis hin zu HausbesetzerInnen, die sich mit der Thematik auseinandersetzten. Ebenso vertreten waren BleiberechtsaktivistInnen, die unter anderem das beratende Mandat der OSZE bei der Grenzschutzagentur FRONTEX verurteilen. Die inhaltliche Breite kam auch bei den Aktionsformen zum Ausdruck. Bereits einen Monat zuvor wurde zum überregionalen Aktionstag gegen die OSZE aufgerufen. In diesem Rahmen fanden Aktionen in den Städten Basel, Zürich und Bern statt. Während der Mobilisierungsphase fanden auch viele Veranstaltungen des Bündnisses und der einzelnen Organisationen statt. Begleitet waren die Aktivitäten durch reges Medieninteresse. Dieses ist unter anderem damit zu erklären, dass bisher nur we-

aus der ganzen Schweiz aufgefüllt. Viele BewohnerInnen Basels fühlten sich durch die Militär- und Polizeipräsenz gestört, was sie u.a. mit der Teilnahme an der Demonstration zu Ausdruck brachten.

Um dem dekadenten Anlass der MinisterInnen etwas entgegenzusetzen, rief das Bündnis gegen die OSZE zu einem kulturellen Programm auf. Auf dem Programm stand ein Konzert mit lokalen Punkbands sowie der bekannten türkischen, kommunistischen Band «Grup Yorum». Letztere wurde während ihrer Einreise in die Schweiz von der Polizei am Flughafen aufgehalten und kam erst auf Druck von Anwälten wieder frei, auch dies geschah im Zusammenhang mit ihrer Beteiligung an der Anti-OSZE-Kampagne. Das Konzert war wie vieles Ausdruck der unterschiedlichen Beteiligungen an der Kampagne, so vereinte sich laute Punkmusik mit den Klängen türkischer Protestlieder im Kampf gegen die OSZE. Einziger Wermutstropfen war, dass das Konzert eigentlich im Zentrum Basels hätte stattfinden sollen. Der ursprünglich geplante Veranstaltungsort, das Union im Kleinbasel, machte jedoch auf medialen Druck einen Rückzieher. Mangels Alternativen fand das Konzert an der städtischen Peripherie statt.

## Lautstarke Demo

Am Abend der Demo füllte sich der De-Wette-Park schnell. Von dort aus zogen die rund 1500 TeilnehmerInnen zum Bankenplatz, wo die erste Rede gehalten wurde. Umrandet war der Demozug von vielen Transparenten beteiligter Organisationen aus der ganzen Schweiz sowie aus dem angrenzenden Deutschland, ebenso mit dabei war eine Delegation aus Italien. Die Demo führte weiter über den Barfüsserplatz, wo eine Solidaritätserklärung aus Wien verlesen wurde, wo im Geiste der Basler Demo am Nachmittag vor dem Hauptsitz der OSZE demonstriert wurde. Die Demo zog weiter, vorbei an der Safran-Zunft, wo tags zuvor das Galadinner stattgefunden hatte. Mit einigen Sprays und Rauchbomben wurde dem Unbehagen darüber, dass die MinisterInnen unbescholten dinieren konnten, Ausdruck verliehen. Die Demo führte weiter über die Mittlere Brücke ins Kleinbasel, immer dicht verfolgt von Riot-Cops. Der offizielle Teil endete am Claraplatz, etwa 300 Meter von der Sperrzone entfernt.

## Kämpferische Nachdemo

Schnell wurde klar, dass dies noch nicht alles gewesen sein konnte. Die Demoteilnehmenden wollten ihrem Protest dort Ausdruck verleihen, wo die Konferenz stattfand. Die Marschrichtung war klar, die Demo sollte weitergehen, auch ausserhalb von dem von den Behörden bewilligten Rahmen. Nach kurzer Tuchfühlung mit der Polizei antwortete diese mit Gummischrot und Tränengas, das die Masse jedoch nicht spaltete. Selbstbestimmt wurde in eine andere Richtung weitergezogen. Nach ca. einer Stunde wurde versucht, über einen alternativen Weg auf den Messeplatz zu gelangen, immer wieder kam es zu Konfrontationen mit Riot-Cops. Auch wenn es nicht gelang, auf den Messeplatz zu kommen, war dieser Abend von kämpferischer Qualität, wie es Basel schon lange nicht mehr erlebt hat. Auf solchen Erfolge kann aufgebaut werden. Selbstbestimmt löste sich die Nachdemo beim Restaurant Hirschenneck auf. Was auch klar wurde, war, dass auch die nächste Konferenz in Basel wieder mit Widerstand rechnen muss.



Parole beim Bahnhof Basel im Vorfeld der Demonstration

## Die OSZE schadet Basel

Das dritte Standbein in der Kritik gegen die OSZE war ihre Rolle innerhalb der Kongressstrategie der Stadt Basel. So liess das Präsidialdepartement an der Medienkonferenz im Vorfeld der OSZE verlauten, dass die Stadt Basel alle fünf bis acht Jahre eine Konferenz von dieser Grösse durchführen will. Als Austragungsort wird dazu jeweils das neue Messezentrum dienen, das in jüngster Vergangenheit des öfteren im Zentrum sozialer Proteste stand. So wurde beispielsweise eine unbewilligte Kunstaktion während der Kunstmesse Art von der Polizei mit aller Härte eingemacht. Beim Messeplatz will sich die Stadt Basel vor ihren internationalen Gästen ohne Störfaktoren präsentieren, rundherum entstehen teure Hotels für die Messe- und Konferenzgäste. Aus einem ehemaligen ArbeiterInnenquartier entsteht ein Boulevard für die Reichen. Die OSZE-Konferenz ist also auch Teil der altbekannten Gentrifizierung, die überall in Basel forciert wird.

## Vielseitiger Widerstand

Der Widerstand gegen die OSZE bot viele Anknüpfungspunkte. Die Grundkritik des Bündnis verband den

nig Protest gegen die OSZE beobachtet werden konnte und dieser im Vorfeld der Konferenz in Basel in aller Munde war. Höhepunkt der Mobilisierungsaktionen war ein meterhoher Spray, der zu Beginn der Konferenz in der Bahnhofseinfahrt in Basel aufgetaucht war.

## Die Tage der Konferenz

Der vom Polizeieinsatzleiter ausgerufene „courant normal“ (Normalzustand) konnte lange vorgetäuscht werden. Oberstes Ziel der Einsatzkräfte war es nämlich, den monströsen Sicherheitsapparat möglichst dezent zu platzieren, damit der vorweihnachtliche Konsumterror nicht eingeschränkt werde. Kern dieser Überlegungen seitens der Polizei war aber wohl, den Widerspruch, eine «Sicherheitsorganisation» mit Militär und Polizei beschützen zu müssen, nicht zu sichtbar werden zu lassen. Dies gelang bis am Donnerstag Abend nicht schlecht, waren die Sicherheitsvorkehrungen doch vor allem um das Messezentrum wahrnehmbar. An diesem Abend fand aber das offizielle Galadinner der AussenministerInnen in der Basler Innenstadt statt. Hierfür wurde die Strecke zwischen Marktplatz und Barfüsserplatz kurzerhand gesperrt und mit Sondereinheiten-Kommandos

## Im Bild

Wer im Frühjahr 1977 eine italienische Zeitung aufschlug, muss unweigerlich auf diese Fotografie von tano D'Amico gestossen sein. D'Amico gilt als Fotograf der italienischen «autonomia» und war selber teil der Bewegung.

Nachdem am 11. März 1977 Francesco Lorusso, ein Militanter der Organisation «la lotta continua», während einer Demonstration in Bologna, von Carabinieri erschossen wird, halten eine Reihe von militanten Demonstrationen das ganze Land in Atem. In Bologna und in Rom werden die Universitäten besetzt. Das Bild zeigt das Eingangstor der römischen Universität La Sapienza, nachdem der Sekretär der kommunistischen Gewerkschaft (CGIL) Luciano Lama während einer Rede in der besetzten Fakultät verjagt wurde. «la cacciata di lama» (die Vertreibung Lamas) ging als endgültiger Bruch zwischen der revolutionären Linken und der Kommunistischen Partei (PCI) in die Geschichte ein. Ein Jahr zuvor einigte sich die PCI auf einen historischen Kompromiss mit den Christdemokraten, um «der gebeutelten italienischen Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen.» Die revolutionäre Linke lehnte diese Stabilisierungsversuche des italienischen Kapitals strikt ab. Ausserdem plante die Regierung eine Studentenreform, die wichtige Errungenschaften der 68-Bewegung wieder in Frage stellte. In seiner Rede forderte Lama Enthaltsamkeit und Opfer, was schliesslich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaftsorden führte. Schliesslich musste Lama das Gebäude fluchtartig verlassen.

Das Bild zeigt die Demonstranten kurz nach



der Vertreibung Lamas. Während am linken unteren Bildrand eine Ausgabe der Tageszeitung «la lotta continua» hochgehalten wird, erinnert ein Lama-Schriftzug neben dem Tor an den Verjagten. Im Anschluss an die Vertreibung Lamas lieferten

sich die Besetzer der Sapienza erbitterte Strassenschlachten mit der Polizei, die sich wieder um in andere Städte ausweiteten.

## Im gewaltsamen Kampf für das «Abendland»

**rechtsextreme Mischmus in Dresden nehmen mehrere Tausend Menschen an rassistischen Demonstrationen teil. Sie richten sich gegen die deutsche Asylpolitik und die «Islamisierung des Abendlandes».**

(rabs) Die schiere Anzahl an Personen, die seit Oktober 2014 jeden Montagabend in Dresden, der Landeshauptstadt Sachsens, auf die Strasse gehen, hat die sich formierende rechte BürgerInnenbewegung in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. Während Mitte Oktober noch ein paar hundert Menschen dem Aufruf der organisierenden PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) folgten, sind es Mitte Dezember über 15.000. Die InitiatorInnen haben Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppen und Parteien wie der AfD (Alternative für Deutschland), der NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) und den HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten). Letztere feierten ihren grossen Erfolg Ende Oktober mit der Mobilisierung von mehreren Tausend Personen in Köln, die vermeintliche GegendemonstrantInnen angriffen, den Hitlergruss zeigten und sich eine Strassenschlacht mit der Polizei lieferten. Die PEGIDA gibt sich da betont friedlicher, sie trägt den Gewaltverzicht auf den Transparenten und versucht, ihre rechte Gesinnung mehr schlecht als recht zu verstecken. Ihre Ideologie ist jedoch nicht weniger rassistisch und schürt eine Fremdenfeindlichkeit, die sich immer wieder auch gewaltsam entlädt. So wurde Anfang Dezember im nahe Nürnberg gelegenen Vorrä ein Gebäude angezündet und mit Hakenkreuzen beschmiert, in dem geflüchtete Menschen untergebracht werden sollten. Eine ebenfalls in Sachsen gelegene Stadt, Schneeberg, machte schon im Herbst vor einem Jahr Schlagzeilen, als die NPD und Bürgerinitiativen über Wochen hinweg Proteste gegen die Unterbringen von Geflüchteten in einer ehemaligen Kaserne organisierten.

### Bedroht durch eine Minderheit

Dresden als Hauptschauplatz der Demonstrationen – in anderen deutschen Städten sind an PEGIDA angelehnte Gruppierungen weit weniger mobilisierungsfähig – kann dabei nicht mit einem grossen Anteil ausländischer Menschen aufwarten. Wie in anderen ostdeutschen Bundesländern liegt in Sachsen der AusländerInnenanteil mit 2-3% deutlich unter dem deutschen Durchschnitt. MuslimInnen machen etwa 0,4% der Bevölkerung aus. Nichtsdestotrotz scheinen sich die PEGIDA-AnhängerInnen von dieser doch sehr überschaubaren Minderheit stark bedroht zu fühlen. So setzt sich die PEGIDA einem Positionspapier zufolge «für die Erhaltung und den Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur» ein, dessen Werte sie durch muslimische Menschen gefährdet sieht. Mit



Frontansicht einer PEGIDA-Demo

dem Bezug auf die so genannt christlich-jüdische Tradition grenzt sich die PEGIDA zumindest offiziell von rechtsradikalem Gedankengut antisemitischer Prägung ab und begibt sich in Frontstellung gegen den Islam. Damit steht sie in einer Reihe mit Parteien wie dem Front National, dem Vlaams Belang oder der FPÖ, die erkannt haben, dass sich mit antimuslimischem Rassismus heute in Westeuropa mehr Stimmung machen lässt als mit Antisemitismus.

Ein weiterer wichtiger Programmpunkt ist der Kampf gegen die Asylpolitik: Wenn sich Kathrin Oertel von PEGIDA an der Demonstration in Dresden gegen das neue Asylkonzept der Stadt und gegen den Bau von «Asylbewerberheimen» stellt, antwortet die Menge mit einem lauten «Buuh» an die Adresse der Regierung. So genannt «kriminelle Ausländer» sollen schnellstmöglich abgeschoben werden. Im Positionspapier fordert die PEGIDA ein am Vorbild der Schweiz orientiertes Migrationsregime und die Einführung von Bürgerentscheidungen. Von den staatstragenden Parteien ebenso wie von der Presse fühlen sich die DemonstrantInnen verraten. PolitikerInnen wie etwa der Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) rechtfertigen unterdessen die Demonstrationen damit, dass an ihnen BürgerInnen «ihre Sorgen zum Ausdruck bringen vor den

Herausforderungen unserer Zeit». Ebenso wird vonseiten einiger PolitikerInnen ein Dialog mit den OrganisatorInnen aus den Reihen der PEGIDA gefordert – ein Versuch, das Unbehagen in Bevölkerungsteilen auf die eigenen rassistischen Mühlen umzuleiten und somit Wahlerfolge zu verbuchen.

Verschleiert wird durch solche nach demokratischen Spielregeln organisierten Dialoge – anstelle einer deutlichen Distanzierung und gesellschaftlichen Isolierung – zu welchen Gewalttaten rechtsextreme Gruppierungen fähig sind. Gerade in Sachsen zeigte sich, welche Folgen ein zu grosses Verständnis gegenüber Rechtsextremismus bewirkt. Die terroristische Gruppierung NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) operierte unerkannt bzw. gedeckt durch Teile des Verfassungsschutzes über ein Jahrzehnt von Sachsen aus. Sie ermordete bundesweit neun Menschen mit Migrationshintergrund. Bei Demonstrationen wie denjenigen in Dresden offenbart sich eine gefährliche Vermischung von salonfähig gewordenen rassistischen Gesinnungen und klar rechtsradikalem Gedankengut. Im Umgang damit gibt es keinen Dialog, sondern nur entschlossenes in den Weg Stellen, wie an antifaschistischen Demos in Dresden.

# «I bin a Jud, und i bin a Bayer.»

**FUSSBALL Kurt Landauer ist der vergessene Erfinder des FC Bayern München. Erst deren Ultras, die «Schickeria», brachte die Chronik um den jüdischen Präsidenten wieder an die Öffentlichkeit. Die Geschichte ist ein Grund, die Bayern vielleicht ein bisschen weniger zu verachten.**

(agkkzh) Im Spiel zwischen den Bayern und dem FC Schalke am 2. Februar 2014 richteten sich die Blicke der Stadiongänger zu Spielbeginn Richtung Süden. Die Kurve der Heimfans zeigte eine ausgeklügelte Choreografie zu Ehren des früheren Präsidenten Kurt Landauer. Neben Landauers Konterfei und dem Meisterschaftspokal rundete ein riesiges Transparent das gelungene Bild ab. Auf dem Transparent zitierten die Bayern-Fans Landauer: «Der FC Bayern und ich gehören nun einmal zusammen – und sind untrennbar voneinander.»

Landauer wuchs in Planegg bei München auf. Seine Eltern betrieben ein Bekleidungsgeschäft in der Münchner Kaufingerstrasse, dem Pendant zur Zürcher Bahnhofstrasse. Schon früh packte ihn das Fussballfieber. Als 17-jähriger wurde er 1901 Mitglied bei den Bayern und war auch selber, wenig erfolgreich, zwischen den Posten als Torwart im Verein aktiv. 1913 wurde er das erste Mal Präsident der Roten. Während des Ersten Weltkrieges liess er das Amt zwischenzeitlich ruhen. 1919 nahm er sein Präsidentenamt wieder auf. «I bin a Jud, und i bin a Bayer», sagte er damals. Im München der Weimarer Republik ein Nachteil. München, später als Stadt der Bewegung unter dem Nationalsozialismus bekannt, galt schon damals als «antisemitisch versucht». Der FC Bayern war fortan als Judenclub verschrien. Als die ersten Juden verfolgt wurden, schafften die sportlichen Verantwortlichen weiterhin allen die gleichen Chancen im Verein – eine Seltenheit. Neben den Bayern waren auch die Eintracht Frankfurt und die bayrisch-fränkischen Nachbarn aus Nürnberg jüdisch geprägt.

## Onkel Kurt

Landauers Neffe Uri Siegel ist der einzig noch lebende Angehörige der Familie Landauer. Als Kind mit gerade einmal neun Jahren erlebte er den grössten Triumph seines Onkels live vor dem Radiogerät mit. 1932 wurden die Bayern erstmals in der Vereinsgeschichte deutscher Meister. Die Münchner besiegten im Endspiel um die Meisterschaft die Eintracht aus Frankfurt, in üblicher Bayern-Manier, glücklich mit 2:1. Der entscheidende Treffer fiel durch einen Elfmeter – das bekannte «Bayern-Dusel». Ob die erwachsenen Verwandten das ganze Spiel angehört haben, daran zweifelt er – er jedoch habe keine Sekunde vor dem Radio verpasst. Landauer gelangen schon in den zwanziger Jahren entscheidende Transfers, was im Fussball noch eher unüblich war. Die Münchner zeigten sich zunächst wenig erfreut ob all der «Preissen» (ugs. nicht aus Bayern stämmige) in der Mannschaft. In der Meistersaison bildeten die Zuzüge das Rückgrat des Erfolgs. Landauer baute somit das Fundament des unerwarteten Titelgewinns. Keiner hätte es für möglich gehalten, dass der Jubel schon so schnell wieder verschallen würde.

Durch München spaziert der heute selbst 91-jährige Siegel nur mit seinem einzigen Erbstück des berühmten Onkels: Einen krummbeuligen alten Schirm. Überall wo er ihn gezwungenermassen abstellen muss, mahnt er zur Vorsicht im Umgang mit dem Regenabweiser. Das Stück habe mal einem berühmten Bayern-Präsidenten gehört. Uri Siegel war auch für die Ultras der erste Anlaufpunkt: «2006 baten mich die Schickeria-Ultras um Erlaubnis, Shirts mit dem Konterfei meines Onkels anfertigen zu dürfen.» Das war der Anfang zur Aufarbeitung der Geschichte um Kurt Landauer. Auf Kleidungsutensilien folgten etliche Artikel in Kurvenorganen, Vorträge, mehrere Choreografien und das antirassistische Einladungsturnier um den Kurt-Landauer-Pokal. Am jährlich stattfindenden Fussballturnier lädt die für ihre politischen Aktivitäten bekannte Gruppe jeweils mit einer breiten Vortragsreihe zu Antifaschismus, Repression und die Kommerzialisierung im Fussball ein. 2015 feiert das «Kurt» zehnjähriges Jubiläum. Innerhalb der Münchner Fanszene wurde Kurt Landauer zur Identifikationsfigur. «Früher, also in der Zeit, in der ich in die Fanszene hineingewachsen bin, wurde man noch mit einem rechtsoffenen Lifestyle konfrontiert. Der Fokus lag bei uns ganz klar darauf, das Klima in der Kurve zu verändern und jungen Leuten Dinge mitzugeben, die zum Nachdenken anregen. Auch mit der Person Kurt Landauer», so Simon Müller, Mitglied der Schickeria.

## Gefeiert und Verbannt

Nach dem goldenen Meisterjahr 1932 folgten die



Choreo – Choreografie der Münchner Südkurve zu Ehren Kurt Landauers im Spiel gegen den FC Schalke

dunkelsten Jahre im Leben Landauers. Nur mehr ein Jahr nach dem Titelgewinn musste Landauer das Präsidentenamt notgedrungen ablegen. Im November 1938 wurde Landauer, einen Tag nach der Pogromnacht ins Konzentrationslager Dachau verschleppt. Nach zwei Monaten kam er wieder frei und schaffte 1939 die Flucht in die Schweiz, wo er fortan in Genf lebte. Vier seiner Geschwister überlebten die Verfolgung durch die Nazis nicht. Eine Schwester wurde nach Polen deportiert, ein Bruder starb in Majdanek, einer im Konzentrationslager Westerbork und einer in Litauen.

Die Bayern und ihr Präsident blieben weiterhin verbunden. Anlässlich eines Freundschaftsspiels zwischen Bayern und einer Schweizer Auswahl in Zürich, versuchte Landauer Kontakt zu Trainer und Kapitän aufzunehmen. Seine ersten Versuche im Hotel Gotthard in Zürich scheiterten aber, da die Mannschaft umgeben von SA-Männern anreiste. Kontakt zum jüdischen Ex-Präsidenten war strengstens untersagt. Das Spiel verfolgte Landauer auf der Tribüne des Hardturmstadions. Nach dem Schlusspfiff rannten die Spieler an den SA-Leuten vorbei Richtung Landauer und applaudierten ihrem Präsidenten.

Im Gegensatz zum Stadtrivalen 1860 München, die bereits 1934 ein Parteimitglied an der Spitze hatten, wehrten sich die Bayern bis 1942 erfolgreich dagegen. Bis dann galten sie als Judenclub. In der ersten Mannschaft zu spielen war unter Umständen lebensgefährlich. Die «Roten» landeten weitaus öfter an der Front als Spieler des Lokalrivalen.

## Der vergessene Präsident

Den heutigen Vereinsoffiziellen des Weltvereins Bayern München schien die Geschichte um den Erfinder des Vereins vor fast 50 Jahre nicht zu interessieren. Für viele Bayern beginnt die Chronik des Vereins mit den Erfolgen ab 1965 und die goldene Ära um Franz Beckenbauer. Ein paar Zeilen in der Festschrift zum 100-jährigen Vereinsjubiläum waren lange die einzigen Randnotizen zu Kurt Landauer. Uli Hoeness äusserte sich 2003 angesprochen auf Landauer bezeichnend: «Ich war zu der Zeit nicht auf der Welt.» Mittlerweile sieht die Situation anders aus. 2014 erschienen mit einem Spielfilm und dazugehörigem Buch weit beachtete Dokumentationen über das Leben Landauers. Als Dirk Kämper, Autor des Landauer-Buches, bei den Bayern um Informationen anfragte, bekam er zunächst den Bescheid, es sei doch weitaus interessanter über die 70er-Jahre, über die Spieler Beckenbauer, Rummenigge und Hoeness zu schreiben. Heute sind auch die Bayern auf den Zug aufgesprungen: An den Stadtgrenzen in Fröttmanning wurde die Rettungszufahrt zum Stadion in Kurt-Landauer-Weg unbenannt, in der FC Bayern Erlebniswelt, dem Vereinsmuseum, ist Kurt Landauer eine grosse Retrospektive gewidmet und mit einer App mit dem Namen «LandauerWalk» kann man den Spuren des ehemaligen Präsidenten durch München folgen. Nicht zuletzt ernannten die Bayern, Landauer 2013 zum Ehrenpräsidenten. Weg, Ausstellung, App und der Ehrentitel für einen Präsidenten, den die grossen Bayern fast 50 Jahre vergessen haben.

Für Dirk Kämper startete die Geschichte mit der Schickeria. Eine erste Choreografie der Gruppe 2009 brachte ihn auf den bayrischen Präsidenten. «Nach der Choreografie begann ich meine Recherchen um den Präsidenten, der in den 20er, 30er und 40er Jahren gewirkt hat. Im Internet erfasste ich die ersten Informationen wiederum auf den Schickeria-Portalen. Ich

fand es umso faszinierender, dass sich gerade ein Fanvereinigung dem Thema widmet, während ich beim FC Bayern zu der Zeit eigentlich gar nichts fand.» Die Ultras bewiesen damit, dass Geschichtsschreibung nicht unbedingt ausschliesslich von Historikern ausgeht. Als vermeintliche gesellschaftliche Randgruppe haben es die Münchner geschafft, die Geschichte um Landauer an die Öffentlichkeit zu bringen und mit ihren eigenen Inhalten in Verbindung zu setzen. Eine Herausforderung, die sich auch uns Kommunisten in manchen historischen Ereignissen stellt. Die Renaissance der Landauer-Chronik fördert offenbar das politische Engagement bei den Fans: «Die Verfolgung von Kurt Landauer ist für uns zusätzliche Motivation, uns gegen Nazis, Faschismus und Rassismus zu engagieren», sagt Schickeria-Mitglied Simon Müller.

## «Das andauernde schlechte Gewissen»

Nach dem Krieg kam Landauer ins zerstörte München zurück. Ursprünglich nur als Zwischenhalt, auf der Reise nach New York, für welche er bereits ein Visum besass. Als Landauer sieht, dass neben der Stadt auch sein Verein in Trümmern liegt, kann er München nicht mehr verlassen. Er will seine geliebten Bayern wieder aufbauen, unmittelbar symbolisch, den Schutt vom Spielfeld schaffen. Er verzichtet auf die neue Heimat in New York und tritt 1947 seine letzte Amtszeit als Bayern-Präsident an. In dieser Zeit verschaffte er den Bayern die erneute Spiellizenz und begründete unter anderem die noch heute existierende Zentrale an der Säbener-Strasse. Auch nach Kriegsende blieb plumper Antisemitismus in der Bevölkerung verankert, was in Buch und Film eindrücklich geschildert wird. Auch Landauer hat darunter zu kämpfen. «Im besten Fall bist du unser andauerndes schlechtes Gewissen», hatte Trainer Conny Heidkamp seinem hadernden Ex-Präsidenten zu bedenken gegeben, als dieser sich zwischen New York und den Bayern entscheiden musste, «und im schlimmsten eben auch.» Nach vier Jahren endete Kurt Landauers Präsidentschaft. Bei den Neuwahlen 1951 wurde er scharf attackiert. Vor allem die Handballer im Klub waren unzufrieden mit ihm und kritisierten die starke fussballerische Ausrichtung im Verein. Kurze Zeit später versöhnte sich Landauer allerdings mit der neuen Klubführung. Zwischen 1913 und 1953 führte er, mit Unterbrechungen, den Verein 18 Jahre lang.

Der letzte und auch bewegendste Moment im Film gehört der Schickeria, und ihrer Choreografie. Der Spiegel schreibt: «Kein für ein Film inszeniertes Spektakel, eine echte Choreografie vor einem Bundesligaspiel. Erzählte Geschichte dockt an erlebte Gegenwart.» Ein angemessenes Ende für einen Ausflug in die Vereinsgeschichte eines Fussballvereins und die Jugendlichen aus der Kurve, deren Engagement wohl ewig mit dem Erbe Kurt Landauers in Verbindung gebracht werden wird. «Was jetzt mein eigenes Verständnis von Bayern München angeht, war sicherlich Kurt Landauer prägender, als es Franz Beckenbauer ist.», so Simon Müllers Fazit. Und Uri Siegel? Mit 91 Jahren steht er trotz Einladung auf die Ehrentribüne lieber bei der Schickeria in der Kurve.

angaben zum Buch: Kämper, Dirk: Kurt Landauer: Der Mann, der den FC Bayern erfand. eine Biografie, Orel Füssli verlag, München, 2014.



Auch in diesem Jahr wird es wieder Widerstand gegen das Gipfeltreffen in Davos geben.

## Basteln am Kartenhaus

**DavOS Auch 2015 versammeln sich anlässlich des WEF-Jahrestreffens Wirtschaftsführer und Politiker in Davos. Die Brennpunkte, über die vom 21. bis 24. Januar diskutiert werden soll, haben eines gemeinsam: Bei genauer Betrachtung verdeutlichen sie noch stärker als früher, wie schwer Klaus Schwab und Konsorten die ökonomische und politische Krise einschätzen.**

(gpw) Nachdem sich die Global Leaders im letzten Jahr über die «Neugestaltung der Welt» den Kopf zerbrachen, widmen sie 2015 dem Motto «der neue globale Kontext.» Dieses Thema widerspiegelt gemäss ihren Dokumenten die Periode wieder, in der Komplexität, Zerbrechlichkeit und Unsicherheit die Herausforderungen auf globaler, regionaler und nationaler Ebene sind. Diese haben das Potential, eine Ära der ökonomischen Integration und internationalen Partnerschaft, welche 1989 begonnen hat, zu beenden. Sie sagen also ziemlich unverblümt, worum es für das Kapital heute geht. Seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten erschöpfen sich für dieses zunehmend die Möglichkeiten, daraus Profit zu schlagen. Die Neuaufteilung der Welt zugunsten des Westens erfordert immer aggressivere Methoden. Mit der Unterstützung des Putsches in der Ukraine verschärfen sich die Spannungen massiv.

Es entspricht der Linie von Schwab und Konsorten, solche Widersprüche zu übertünchen. So wurde am 15. September unter dem Vorsitz von Schwab und dem ehemaligen Parteichef der deutschen FDP, Philip Rösler, eine «Genf Ukraine-Initiative» lanciert. Diese besteht aus europäischen, US-amerikanischen, russischen und ukrainischen Wirtschaftsbossen. In einem 10-Punkte-Programm appellierten diese, den Konfrontationskurs aufzugeben und einen Friedensprozess einzuleiten. Ob mit solchen Mitteln die «systemischen Auswirkungen sich vertiefender geopolitischer Verwerfungen, die die multilaterale Zusammenarbeit verringern und die strategische Konkurrenz vergrössern» (wie sie es formulieren) verhindert werden können, darf bezweifelt werden. Schliesslich entsprechen die sich zuspitzenden innerimperialistischen Widersprüche und die daraus resultierende Kriegstendenz den unterschiedlichen ökonomischen und geopolitischen Interessen sich konkurrierender Kapitalfraktionen.

Bereits 1997 bezeichnete Zbigniew Brzezinski, einflussreicher Akteur in der US-Aussenpolitik der vergangenen Jahrzehnte, die Ukraine als «Filetstück» der globalen Geopolitik: «Die Ukraine ... ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre blossе Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr.»

Der Westen betrachtet die Ukraine auch als Einfallstor in den postsowjetischen Raum, wo sich neue Möglichkeiten für Direktinvestitionen befinden. Dass folglich Russland über die Einflussnahme in diesem Gebiet nicht glücklich ist und dementsprechend reagiert, entspricht nichts anderem als Brzezinskis Logik. Letztendlich sind diese Widersprüche Ausdruck der sich ver-

schärfenden Kapitalüberproduktionskrise. Der Kampf dreht sich nicht nur um Absatzmärkte, sondern auch um rar werdende Investitionsmöglichkeiten für das milliardenhohe überschüssige Geldkapital, das kaum noch profitable Verwertungsmöglichkeiten findet.

### Das bürgerliche Dilemma der Geldpolitik

Angesichts dieser Tatsachen erschöpfen sich auch die Mittel bürgerlicher Wirtschaftspolitik. Die seit den 70er Jahren vorherrschende Doktrin des Monetarismus ist auf dem Sterbebett angelangt. Dieses auf Milton Friedman zurückgehende Konzept setzte zur Krisenbewältigung auf eine Hochzinspolitik durch vermeintlich unabhängige Notenbanken. Hohe Zinsen und sich dadurch vertuernde Kredite für Investitionen führten zum Abbau von «Überkapazitäten.» Grosse Teile der Produktion wurden ins Ausland verlagert, Löhne sanken und Arbeitsplätze gingen verloren. Zudem wurde dem Kapital mittels Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung günstige Bedingungen für profitable Investitionen geboten.

Das Ende dieser Politik zeigte sich 2008 mit der sogenannten Schulden- und Eurokrise. Die Zentralbanken verhinderten die drohenden Deflation mit einer notfallmässigen Senkung des Zinssatzes gegen Null. Mit weiteren Massnahmen wie zum Beispiel dem Aufkauf von Staatspapieren sollte der Krise begegnet werden.

Nun ist im Executive Summary des WEF zwar von einer «Normalisierung der Geldpolitik und einem zukünftigen Ansteigen der Zinsfüsse» die Rede. Das Dilemma besteht jedoch darin, dass eine solche Normalisierung die Deflationsgefahr und damit auch die Krise weiter verschärfen würde. Es sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse selbst, die der bürgerlichen Wirtschaftspolitik die Schlinge um den Hals legen.

### Vertrauensverlust

Nicht nur die ökonomischen Entwicklungen werden die Herrschenden künftig beschäftigen. Im jährlichen Ausblick des WEF, welcher auf die grössten Herausforderungen der kommenden Monate hinweist, werden die globale Einkommensungleichheit und die anhaltende Arbeitslosigkeit als problematischer eingestuft als in den vergangenen Jahren: Sie belegen neu die ersten Ränge des Rankings. Jedoch ist auch von einem sich intensivierenden Nationalismus die Rede, vom Fehlen einer wirksamen Führung, der Aushöhlung des Vertrauens in Institutionen oder der Sorge um das Ansteigen der Umweltverschmutzung in den aufstrebenden Ländern. Kevin Rudd, ehemaliger Premierminister Australiens und Stammgast am WEF, spricht denn auch von einem «Kartenhaus» mit einer «Instabilität, die wir vor Jahren noch für unmöglich gehalten hatten.»

Zumindest eines von Lenins Kriterien für eine revolutionäre Situation scheint also erfüllt zu sein: «Die Unmöglichkeit für die herrschenden Klassen, ihre Herrschaft in unveränderter Form aufrechtzuerhalten.» Das WEF wird auch dieses Jahr einem weiterem Kriterium Lenins eine Plattform bieten, nämlich dem der «... Aktivität der Massen...» Es lässt sich hoffen, dass die frostigen Bisen der Schweizer Alpen auch genutzt werden, um am Kartenhaus zu blasen.

GLOSSE

## Von den Göttern herab

Wenn die Schweiz den OSZE-Vorsitz unter dem Leitmotiv «Eine Sicherheitsgemeinschaft im Dienste der Menschen schaffen» antritt, so sind das schöne Worte. Wenn wir allerdings etwas hinter die Fassade schauen, dann zeigt sich sehr bald das wahre Gesicht: Die OSZE ist an der europäischen Grenzschutzorganisation Frontex beteiligt, die die Sicherheit Europas vor unerwünschten (lies: unprofitablen) MigrantInnen garantieren soll, auch wenn dadurch jährlich tausende Menschen auf dem Mittelmeer ertrinken, sich in die Hände von unmenschlich agierenden Schlepperorganisationen begeben oder einfach durch die Verunmöglichung der Migration in äusserst schwierigen Lebensumständen gefangen bleiben.

Schon in alter Zeit stellten sich für unsere Vorfahren immer wieder allerlei Unannehmlichkeiten ein. Die Natur hielt in scheinbar unbarmherziger Willkür ständig neue Katastrophen bereit. Die Vorstellung, dass eine zentrale Ursache aus einem verborgenen, jenseitigen Raum heraus die Dinge entwickelt und entfaltet, kam bald. Die Götter wurden geboren. Das Warum bekam einen Ansprechpunkt. Zur Anbetung, in erster Linie aber zur Klage. Woher die Katastrophen kommen, wissen wir mittlerweile und auch die Götter haben sich etwas zurückgezogen. Die Vorstellung aber, dass eine zentrale Macht aus dem Unsichtbaren heraus agiert, ist geblieben und bildet bis heute ein wichtiges Element der bürgerlichen Kapitalismuskritik. So sind auch die neuen Klagen genauso weit von der wirtschaftlichen Realität entfernt, wie die Götter damals von den Naturgesetzen. Die bürgerliche Kapitalismuskritik ist ein ständiges, panisches Herumwirbeln des ausgestreckten Zeigefingers, der immer wieder neu, zitternd auf vermeintlich ausgemachte zentrale Verursacher einschwenkt: von der Classe Politique zu linken Seilschaften, zu fremden Richtern, zu den Rothschilds, den Juden...

Natürlich waren die alten Götter nicht nur Anlaufstelle für Klagen, sondern auch immer Quell der Hoffnung. In erster Linie aber Ursprung der Moral. Diese entwickelte sich – in der Vorstellung – ebenfalls zentral von einem hohen Sein von oben herab. Womit wir auf der anderen Seite der bürgerlichen Kapitalismuskritik angekommen sind: der Sozialdemokratie. Stets ein Taschentuch zur Hand, in weinerlicher Empörung über all die fehlende Moral in der Wirtschaft. Diese geforderte Moral jedoch war und ist, so weit von der Realität der Wirtschaft entfernt, dass man sie wirklich ohne weiteres als von den Göttern herbeigebracht vermuten darf. Dies führt dann zu allerlei Wunderlichem. Wobei der nicht auszuhaltende Widerspruch zwischen höchster Moral und grausamer gesellschaftlicher Realität in grotesker Verdrehung aufblüht. Vom menschenwürdigen Flüchtlingslagern, zum ethisch vertretbaren Polizeiknüppel, bis zur moralisch korrekten Totalüberwachung. Anderenorts hat man es auch schon zu hoch moralischen Luftangriffen gebracht.

Stecken also Mächtige die Köpfe zusammen, Sum eine Produktionsform zu ihren Gunsten zu planen, so sehen wir jedesmal die gleichen Reflexe aus dem bürgerlichen Lager. Lösungen oder gar Perspektiven werden nicht angeboten. Im Gegenteil. Während die einen in panischer Angst vor ihren eigenen Spukgestalten in die Barbarei hineinfliehen, taumeln die Anderen in moralischer Verblendung blind der Barbarei entgegen. Natürlich ist es richtig auf die Verursacher zu zeigen und sich einzusetzen für Menschenwürde. Wollen wir die Verhältnisse aber wirklich ändern, so müssen wir die Verschwörungstheorien und Moralpredigten beiseitelassen und eine Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse entwickeln, welche es uns auch ermöglicht, dort zu Handeln, wo sich die Basis dieser Verhältnisse befindet. (az)



**LoRa 97.5 MHz**

**Sonntag  
18 bis 20 Uhr**

**Die nächsten Daten:**

**04.05.2014  
01.06.2014  
06.07.2014**

**Wiederholungen  
jeweils  
donnerstags  
10 bis 12 Uhr**

Kritik und Anregungen an:  
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich



H.- R. Breitenmoser  
Landenbergstrasse 10  
CH - 8037 Zürich

Tel. 01/ 272 17 10  
Fax 01/ 271 77 26

adag@adagzebra.ch

Briefschaften • Plakate • Flyer • Postkarten • etc.



«Das Kapital» von Karl Marx  
zum Selbststudium  
Band I

Herausgegeben von: Revolutionärer Aufbau Schweiz  
www.aufbau.org

AUFBAU

**Erhältlich im Aufbau-Vertrieb  
oder [vertrieb@aufbau.org](mailto:vertrieb@aufbau.org),  
Preis Fr. 10.-**



Arbeitsalltag



Kompetenz



Freiheit



Sicherheit



Wahrheit



Wissen



5. Element



Lösung

Unsere Gesellschaft. Unsere Zukunft?

**vorwärts** Sozialistische Zeitung  
Gratis-Probe-Abos: [www.vorwaerts.ch](http://www.vorwaerts.ch)

Copyright: Lothar Kuntzinger

**kommunismus lesen. aufbau abonnieren.**

**jahresabo 30 fr.  
förderabos 50, 100 fr. oder nach Wahl**



[info@aufbau.org](mailto:info@aufbau.org) oder [www.aufbau.org](http://www.aufbau.org)

**TAXI – Magazin für Soziales und Kultur**

[www.strassenmagazin.ch.vu](http://www.strassenmagazin.ch.vu)

**Offen für Texte und Infos....**

Wir brauchen immer VerkäuferInnen.  
Pro verkauftem Heft verdienst Du CHF 2.50  
**Job-Telefon 078 742 28 67**



**Der neue Webauftritt  
der jungen Welt.  
Die ganze Zeitung im Internet.**

Die *junge Welt* ist eine überregionale, von Parteien und Organisationen unabhängige linke Tageszeitung. Jeden Tag finden Sie in ihr mindestens zwei aktuelle Interviews, eine tagesaktuelle Schwerpunktseite, fünf Seiten Politik, zwei Thema-Seiten, ein junges Feuilleton sowie »kapital & arbeit« auf Seite 9. An drei Tagen ist eine halbe Seite für unsere Leserinnen und Leser reserviert. Die täglichen Kommentare, die Wochenendbeilage »faulheit & arbeit« und die jeweils wöchentlich erscheinenden Seiten »Feminismus« und »Antifa« sind in Art und Inhalt einmalig. Hauptaufgabe der Zeitung: Bestehende Verhältnisse ungeschminkt beschreiben, analysieren, kritisieren. Der Marxismus ist dazu ein wichtiges Instrument.

[www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)

**Mehr Nachrichten, mehr Analyse, mehr Information.**

**Buchhandlung im Volkshaus**

Stauffacherstrasse 60  
8004 Zürich  
Telefon 044 241 42 32  
[www.volkshausbuch.ch](http://www.volkshausbuch.ch)  
[info@volkshausbuch.ch](mailto:info@volkshausbuch.ch)

Politik | von > Adorno bis > Zapata

# Der sowjetische Spion in Israel

**Die Autobiografie des polnischen Kommunisten Marcus Klingberg übermittelte während Jahren der UdSSR militärische Geheimnisse Israels. Kürzlich erschien seine Autobiografie auf deutsch.**

(rabs) Zwanzig Jahre Gefängnis ist eine unvorstellbare Perspektive, besonders für jemanden, der mit 65 Jahren eingesperrt wird. Es ist wie eine lebenslange Strafe, es muss davon ausgegangen werden, dass man nicht mehr lebendig aus dem Knast kommt. Marcus Klingberg widerfuhr genau das, als er 1983 in Israel wegen Spionage zur Höchststrafe verurteilt wurde.

Doch Klingberg überstand die zwanzig Jahre Knast. Er lebt heute fast 100-jährig in Paris. Anfangs war er verzweifelt und versuchte, sich das Leben zu nehmen. Sein Suizidversuch misslang jedoch und danach fand er sich damit ab, am Leben zu bleiben. Was ihm die Kraft gegeben habe, weiter zu machen, sei der ständige Kampf gewesen: «Ich fand heraus, dass man um jede Sache kämpfen musste. Das betraf alles, kleine oder grosse Angelegenheiten. Um Kaffee anstatt süssen Tees am Morgen, um Spaziergänge im Innenhof, um die Zeit für die tägliche Dusche – wirklich um alles. Ich erlaubte mir, die Wachen anzuschreien und diejenigen zu beschimpfen, die grob mit mir umgingen. Mein Alter und meine schwache Gesundheit schützten mich wie eine kugelsichere Weste gegen disziplinarische Strafen und interne Bestrafungen. Während meiner sechzehnjährigen Haft wurde ich nicht einmal bestraft, und kein Aufseher wagte, überhaupt daran zu denken. Auch hier, wie vorher in den Verhören, gaben mir die Auseinandersetzungen mit den Vertretern des Establishments Kraft. Ich hatte plötzlich Grund, mich aufzuregen und ein Ziel, auf das ich meine Wut richten konnte» (S. 457).

## Hoffnung

Dazu kam die sich immer wieder erneuernde Hoffnung darauf, frühzeitig frei zu kommen: «Vielleicht ist der Hauptgrund, der mich befähigte, so viele Jahre im Gefängnis zu überleben, dass zu jeder Zeit irgendwelche Schritte unternommen wurden, die mir Hoffnung machten – auch wenn sie gering und dürrig waren –, dass ich am Ende freikommen würde» (S. 468). Zuerst war es ein Berufungsverfahren für seine Befreiung oder zumindest für eine Verkürzung der Haftzeit, dann ein möglicher Austausch von Spionen, schliesslich der Kampf für eine Freilassung aus gesundheitlichen Gründen, die darin mündete, dass Klingberg nach 16 Jahren das Gefängnis verlassen und den Rest der Haftzeit in strengem Hausarrest absitzen konnte.

Trotzdem ist es erstaunlich und spricht für die psychische Stärke Klingbergs, dass er die Schikanen überlebte, mit denen der Staat Israel in Form seiner Geheimdienste den politischen Gefangenen belastete. Die Bedingungen im Hochsicherheitstrakt des Gefängnis Aschkelon waren miserabel. Isolation, wenig bis keine Beschäftigungsmöglichkeiten, kaum ärztliche Betreuung. Das Gefängnis Aschkelon ist ein Knast, in dem vor allem palästinensische Gefangene sitzen, zur Zeit Klingbergs sass aber auch Mordechai Vanunu dort ein, der der Sunday Times vom Nuklearprogramm Israels berichtet hatte. Er war danach vom Mossad entführt worden und war lange Zeit Zellennachbar von Klingberg.

Während die bürgerlich-demokratischen Staaten bei sozialen Gefangenen einigermaßen auf rechtsstaatliche Regeln achten und es auch als Ziel sehen, die Gefangenen nach der Freilassung wieder möglichst gut in die Gesellschaft einzugliedern, schwingt bei politischen Gefangenen ein Element der Rache mit. Es wird versucht, sie möglichst lange weg zu sperren und möglichst viele Schikanen und Auflagen zu machen, um die Gefangenen zu brechen, ihre politische Identität zu zerstören und sie dazu zu bringen, sich von ihren früheren Taten oder ihrer politischen Überzeugung zu distanzieren. Das kann nicht nur bei den RAF-Gefangenen in den 1970er-Jahren beobachtet werden, sondern auch bei aktuellen politischen Gefangenen wie Marco Camenisch oder Georges Ibrahim Abdallah, die entgegen der üblichen 2/3-Regelung, nach der Gefangene nach Ab-

sitzen von 2/3 der Haft freigelassen werden, ihre ganze Zeit in Haft verbringen müssen oder sogar über diese Zeit hinaus festgehalten werden.

## Polen, UdSSR, Israel

Neben seiner bewundernswerten Haltung und Ausdauer im Gefängnis ist auch der Rest der Lebensgeschichte Marcus Klingbergs sehr interessant. 1918 in Polen in eine jüdische Familie geboren, floh er 1939 vor den Nazis Richtung Osten. Seine Eltern und seinen Bruder musste er zurücklassen, weil seine Mutter – die Gefahr negierend – den Ort, an dem sie wohnten, nicht verlassen wollte. Alle drei wurden in Treblinka von den



Klingberg mit seiner Frau Wanda in den 50er-Jahren.

Nazis umgebracht.

Marcus Klingberg meldete sich nach seinem Medizinstudium als Freiwilliger bei der Roten Armee. Als Kommunist wollte er unbedingt gegen die Nazis kämpfen, auch weil er es bereute, 1936 nicht nach Spanien gereist zu sein und wie viele seiner GenossInnen aus Warschau gegen den franquistischen Putsch und für die spanische Republik gekämpft zu haben. Er entwickelte sich zu einem wichtigen Epidemiologen, der an der Erforschung von Infektionskrankheiten massgeblich beteiligt war und mit seinen Erkenntnissen der Roten Armee wichtige Dienste leistete.

Nach dem Krieg war er im Gesundheitsministerium in Polen tätig und emigrierte schliesslich nach einem Aufenthalt in Schweden mit seiner Frau Wanda und der Tochter Sylvia nach Israel. Er glaubte an den Zionismus als fortschrittliche Bewegung und wollte beim Aufbau eines sozialistischen Staates mithelfen.

In Israel angekommen, fand er schnell eine interessante Arbeit: Zuerst war er in der Armee tätig, für die er das Forschungsinstitut für Militärmedizin gründete und leitete. 1957 wurde er zum stellvertretenden Direktor für wissenschaftliche Forschung des staatlichen Instituts für biologische Forschung ernannt, das «sich mit biologischen Entwicklungen für zivile und militärische Zwecke» (S. 199) beschäftigte.

## Spionage

Schon 1950 nahm die sowjetische Botschaft mit ihm Kontakt auf und fragte ihn, ob er zu regelmässigen Treffen bereit wäre. Was für Klingberg anfangs eher wie unbedeutende Gespräche aussah, wandelte sich mit der Zeit in eine eigentliche Spionagetätigkeit, in der Klingberg auch wichtige, z.T. streng geheime Informationen an die Sowjets weitergab.

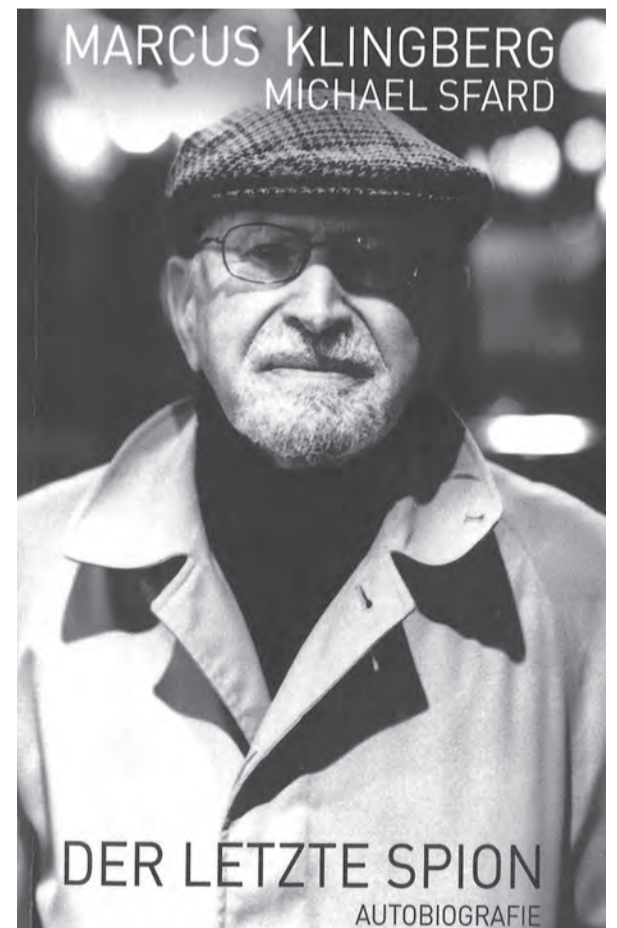
Er tat dies aus ideologischen Gründen und aus Verbundenheit und Dankbarkeit gegenüber dem sowjetischen Staat, der ihm nicht nur das Leben gerettet, sondern auch ermöglicht hatte, dass er studieren und sich gegen den Faschismus engagieren konnte. Ein weiterer Grund war die Überzeugung, dass es im Kalten Krieg wichtig sei, dass beide Seiten über möglichst die gleichen Informationen verfügten, was die Rüstung und Waffentechnik angeht. So konnte das Gleichgewicht gewahrt bleiben, das beide Seiten davon abhielt, die je andere anzugreifen. Dazu kam eine Bewunderung für Stalin, mit dem Klingberg alle positiven Seiten der UdSSR verband. Klingberg beschreibt, wie er und seine Frau weinten, als sie erfuhren, dass Stalin gestorben sei

– was heute nicht mehr nachvollziehbar ist, zeigt, wie der Personenkult auch eine gelebte Erfahrung war, mit der Leute persönliche Hoffnungen verbanden.

Für Klingberg war Stalin bis zu seinem Tod und darüber hinaus eine positive Figur. Der Molotow-Ribbentrop-Pakt, die Säuberungen in den 30er-Jahren oder die revisionistische Politik der KPdSU werden von einem anderen Blickwinkel betrachtet, als dies heute in der Geschichtsschreibung oder in der revolutionären Linken geschieht. Klingberg hebt positiv hervor, dass Fehler von der KPdSU als solche erkannt und korrigiert worden seien. Die Spionagetätigkeit setzte sich bis 1977 fort, als Klingberg selbst den Kontakt mit den Sowjets abbrach. Einen Unterbruch von ein paar Jahren gab es, als die UdSSR ihr diplomatisches Personal in Folge des Sechstagekriegs 1967 aus Israel abzog.

Der grosse Fehler seines Lebens war – und einmal mehr können wir heute eine Lehre daraus ziehen –, dass er nach seiner Verhaftung durch den Inlandsgeheimdienst Schin Bet (Schabak) diesem Glauben schenkte und mit ihm kooperierte. Die Männer, die ihn während Tagen verhörten und dabei psychologische Folter anwendeten, machten ihm weis, es ginge ihnen nur um Schadensbegrenzung, darum, zu wissen, welche Infos die Sowjets hätten. Gegen diese Infos würden sie ihn wieder auf freien Fuss setzen. Klingberg kooperierte und gab zu, für die Sowjets gearbeitet zu haben, bereute dies jedoch bitter, als ihm nicht nur bewusst wurde, dass er nicht freigelassen würde, sondern vor allem, dass der Geheimdienst keine Beweise für seine Spionagetätigkeit gehabt hatte. Diese Kooperation brachte ihm zwanzig Jahre Haft ein.

2003 wurde er aus dem Hausarrest entlassen und zog sofort nach Paris, wo seine Tochter und sein Enkel lebten. Dort schrieb er auch seine Autobiografie, die 2014 unter dem Titel «Der letzte Spion» auf deutsch erschien. Das Buch ist aus mehreren Gründen empfehlenswert. Einerseits historisch, weil es einen persönlichen Blick auf die Geschichte Osteuropas und Israels wirft, andererseits weil es die Geschichte einer beeindruckenden Persönlichkeit erzählt. Klingberg war ein Kommunist, der seinen Prinzipien treu blieb ohne vor grossen Mühen und Gefahren zurückzukeichen, der aber zugleich in die Mühlen des Kalten Krieges und der Regimepolitik des Revisionismus geraten war.



Marcus Klingberg auf dem Titelbild des Buchs.

Angaben zum Buch: Marcus Klingberg, Michael Sfar: Der letzte Spion. Autobiografie, Prospero Verlag, Münster, 2014.

**Verkaufsstellen Schweiz:** Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / aufbau-vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / hirschmatt-Buchhandlung, hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / infoladen romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen / Buchhandlung Waser, Feldbergstrasse 30, 4057 Basel / Buchhandlung Waser, rümelinsplatz 17, 4001 Basel / aufbau-vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.  
**Verkaufsstellen Deutschland:** Schwarzmärkte, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / infoladen Stuttgart, Ludwigstr. 110a, 70197 Stuttgart / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgij Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Buchladen M99, Mantelstr. 99, 10999 Berlin / Jos Fritz Buchhandlung, Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.